20.06.2022

INFOPERU83

Der Newsletter der Informationsstelle Peru e.V.

Inhaltsverzeichnis

1. Editorial No 83 (Hildegard Willer)
2. Krise als Normalität (A. Baumgart)
3. „Wer die Waffe zuerst zieht, gewinnt“ – Mirtha Vasquez
4. Parlament will Bildungsreform kippen (H. Schulze)
5. Bergbau: Bestechung als Unternehmenskultur (Th. Niederberger)
6. Von Espinar nach Brüssel (Th. Niederberger)
7. Aus Liebe zu den Bergen (Hildegard Willer)
8. Plastikmüll, Überfischung, Erdöl (H. Schulze)
9. Heftiger Streit um Umweltschutz und Indigene (H. Schulze)
10. Kurz gemeldet Juni 2022
11. Nachgefragt: Warum muss ich 6 Monate warten, bis ich einen Termin beim Deutschen Konsulat in Lima habe ? (Hildegard Willer)
12. Peru.Klima.Gerecht (A. Brox)
13. Arbeitsschwerpunkt Kupfer der Bergbaukampagne Peru (S. Bodemer)
14. Im Dialog mit aussterbenden Insekten und Pflanzen (A. Brox)
15. ISP-News Juni 2022
16. Ankündigungen und Hinweise Juni 2022

1. Editorial No 83

Liebe Leserin, lieber Leser des InfoPeru,

wenn man die politische Großwetterlage in Peru betrachtet, dann überkommt einen das große Heulen. Eine unfähige Exekutive und eine ebenso unfähige Legislative überbieten sich darin, all das, was Peru in den letzten 20 Jahren in seinem Staatswesen modernisiert und gefestigt hat, wieder rückgängig zu machen. Seien es die Rücknahme der Anforderungsbedingungen für private und staatliche Universitäten; sei es ein neues Gesetz, das die Mitsprache der Eltern bei der Erstellung von Schulmaterialien obligatorisch vorsieht (um eventueller Gender-„Ideologie“ einen Riegel vorzuschieben); die Verlängerung der Fristen für die informellen Goldschürfer, die damit weiterhin legal ihr Gold verkaufen können, ohne ihre Produktionsmethoden zu verbessern. Oder die informellen Buslinien, die weiterhin Limas Verkehr unsicher machen etc etc.

Das Erstaunliche ist, dass sich die sogenannte Linke an der Macht, und die oppositionelle (extreme) Rechte sich darin blendend zu verstehen scheinen. Denn sie teilen in vielem dasselbe Weltbild: ein konservatives Familienbild mit dem Mann als Haupt der Familie; eine Vorstellung von Politik, in der es normal ist, dass man, wenn dann mal an die Macht gelangt, zuerst die eigenen Leute bedient; eine Vorliebe zum „Bescheißen“, zur Nichtachtung von Regeln und Vorschriften, die für alle gleich gelten.

Noch halten sich Legislative und Exekutive in ihrem Bemühen, sich gegenseitig abzusetzen die Waage. Doch die Tage von Präsident Pedro Castillo könnten auch bald gezählt sein, denn er muss sich wegen Korruption vor Gericht verantworten. Leider ist keine bessere Alternative zu Castillo in Aussicht.

Mehr zum Trauerspiel der peruanischen Tagespolitik in der Analyse von Andreas Baumgart in diesem InfoPeru.

Angesichts dieser aussichtslos scheinenden politischen Situation hatten sich alle Hoffnungen auf Gott Fußball gerichtet: doch selbst der – Gott soll ja Peruaner sein – hatte kein Einsehen. Am 13. Juni verpasste die peruanische Nationalmannschaft den Einzug in die WM im Elfmeterschießen gegen Australien. Für ein paar Minuten schien Peru im Schock und Trauer vereint stillzustehen. Doch schon wenig später feierten die Fans ihre Mannschaft bis in die späte Nacht hinein – auch wenn sie verloren hatte. Auch dies ein Zeichen der Resilienz.

Angesichts der desaströsen Politik, bleibt nur, sich an kleinen, lokalen Fortschritten zu erfreuen. Derer gibt es in Peru und in der Infostelle Gott sei Dank viele – über einige von ihnen können Sie in diesem InfoPeru lesen. Das Leben geht trotz Politik und Fußball weiter.

Hildegard Willer

Redakteurin InfoPeru

2. Krise als Normalität

Ermittlungen gegen Präsident Castillo wegen Korruption und Putschgelüste im Parlament.

In den letzten Wochen hat sich viel getan, doch im Grundsatz ändert sich nichts. Die Opposition wirft der Regierung einen Stein nach dem anderen in den Weg und erlaubt dem Präsidenten das Regieren nicht. Dieser wiederum lässt die einzelnen Minister*innen im Regen stehen. Alle „wurschteln", alleingelassen vor sich hin, bis zu ihrer baldigen Kündigung. Eine Koordination auf der Basis einer gemeinsamen politischen Ausrichtung existiert weder im Kabinett noch im Verhältnis zu Castillo und dessen innerem Zirkel.

Ein Telefonmitschnitt sorgt für Aufregung

Gleichzeitig bilden sich hinsichtlich bestimmter Gesetzesvorhaben und Abstimmungen fatale temporäre Allianzen, die einerseits quer durch die Fraktionen der Opposition und des Regierungslagers und andererseits zwischen diesen verlaufen. Wer auf welcher Seite steht, hängt größtenteils von den unmittelbaren Interessen der einzelnen Parlamentarier*innen und einiger politischer Zirkel ab. Selbst in Hinblick auf einen möglichen Sturz Castillos herrscht Uneinigkeit. Während einzelne Abgeordnete sich mit der Regierung arrangiert haben oder gar den Schulterschluss suchen, bleibt der Versuch der Parlamentspräsidentin Maricarmen Alva und ihrer Entourage den Präsidenten zu stürzen eine politische Konstante. Kürzlich wurden Audios veröffentlicht, in denen sie Möglichkeiten erörtert, Castillo loszuwerden, ohne das Parlament auflösen und Neuwahlen durchführen zu müssen. Das Volk wäre auf ihrer Seite und die Armee stünde hinter ihr. Mehr Realitätsferne geht nicht. Sie ist nicht nur unbeliebter als der Präsident, sondern der weitaus größte Teil der peruanischen Bevölkerung wünscht, dass alle gehen sollen: „que se vayan todos". Das Militär hat sich umgehend von ihren Aussagen distanziert.

Am 26. Juli wird routinemäßig ein neues Parlaments-Präsidium gewählt. Bis zu ihrer Ablösung hat *Alva* noch Zeit, Präsidentin Perus zu werden. Gelänge es bis dahin, *Castillo* abzusetzen, käme die derzeitige Vize-Präsidentin *Dina Boluarte* an die Reihe. Doch die Unterkommission für Verfassungsfragen des Kongresses bereitet gerade einen Antrag auf ihre Absetzung vor, da sie trotz ihres Amtes als Vertreterin Dokumente eines Provinzial-Klubs (eine Art Heimatverein der Migranten aus Apurimac in Lima) unterzeichnet hatte. Ein einfacher Formfehler, eine absolute Bagatelle, auf die sich die intrigante Opposition sofort gestürzt hat. Fallen *Castillo* und *Boluarte*, wäre der Weg für *Alva* ins Präsidentenamt frei.

Staatsanwaltschaft ermittelt gegen Präsident Castillo

Mittlerweile hat der Generalsstaatsanwalt eine Untersuchung gegen *Castillo* eingeleitet. Das ist ungewöhnlich, denn der Präsident genießt prinzipiell Immunität. Normalerweise werden Verfahren so lange auf Eis gelegt, bis die jeweilige Amtszeit abgelaufen ist. Seit Dekaden wird dies so

gehandhabt und wenn es durchaus auch begrüßenswert ist, dass gegen einen unter Korruptionsverdacht stehenden Präsidenten ermittelt wird, so liegt hier der Verdacht nahe, dass politische Motive und Diskriminierung im Spiel sind. Die Ermittlungen stehen in Zusammenhang mit der breiten Korruptionsaffäre, in die mindestens 20 Personen verwickelt sind. Darunter die per Haftbefehl gesuchten und untergetauchten *Fray Vásquez Castillo*, Neffe des Präsidenten, *Bruno Pacheco*, ehemaliger Leiter des Präsidialbüros und *Juan Silva Villegas*, der kürzlich ausgetauschte Minister für Transport und Kommunikation. Es geht um die Vergabe von millionenschweren Staatsaufträgen und geflossene Bestechungsgelder. Die beiden Zeugen bzw. Kronzeugen *Kerelim López* und *Zamir Villaverde*, umtriebig wie zwielichtige Unternehmer*innen, die im engen Umfeld *Castillos* und des Ministers gewirkt haben, belasten nun auch den Präsidenten schwer. Selbst wenn man *Castillo* keine persönliche Bereicherung nachweisen könnte, so hätte er doch korrekterweise als mittelbarer Verantwortlicher und oberster Dienstherr längst den Hut nehmen müssen. Doch er präsentiert sich weiterhin als konsequenter und unbescholtener Kämpfer gegen Korruption.

Bereits 60 Minister*innen verschlissen

Derweil dreht sich das Kabinettskarussell mit schwindelerregender Geschwindigkeit weiter. Bald 60 Minister*innen befanden oder befinden sich innerhalb der bisherigen Regierungsperiode *Castillos* von nicht mal 11 Monaten im Amt. Der letzte Wechsel von vier Ministern und entsprechende Neuernennungen haben *Castillo* und den Vorsitzenden von Peru Libre, *Vladimir Cerrón*, weiter entzweit. Letzterer wirft *Castillo* Verrat am Volk und Abkehr von den politischen Leitlinien vor. PL versteht sich nur noch als „Bündnispartner“ (aliado) und nicht mehr als Regierungspartei. Inzwischen ist die Fraktion von Peru Libre nach den letzten Spaltungen und Austritten nicht mehr Mehrheitspartei. *Keiko Fujimoris* Fuerza Popular, stellt nun mit 24 Mitgliedern die stärkste Fraktion, während PL noch 16 von ursprünglich 37 Abgeordneten bleiben. Die Abtrünnigen verteilen sich auf mehrere, darunter auch neu gegründete Fraktionen: Bloque Magisterial de Concertación, Perú Bicentenario, Perú Democrático und No Agrupados. Am ehesten kann Castillo noch auf eine verlässliche Unterstützung durch den Bloque Magisterial zähen, der mit 10 Abgeordneten zu den kleineren Fraktionen zählt.

In Bezug auf einige wichtige Gesetzesvorhaben und Abstimmungen spielen Abgeordnete von Peru Libre schon länger eine dubiose Rolle, die zuletzt in der Intrige gegen die Arbeitsministerin *Betssy Chávez* einen von mehreren traurigen Höhepunkten fand. Sie ist eine konsequente Verfechterin von Arbeitnehmerrechten und wurde deshalb, wie kaum eine andere Ministerin, seitens der rechten und rechtsextremen Opposition massiv angefeindet und immer wieder bis ins sexistische und rassistische gehend beleidigt. Sie war schon im Dezember letzten Jahres aus der Fraktion von Peru Libre aufgrund tiefgreifender Differenzen ausgetreten. Anlass für die Vertrauensabstimmung am 26 Mai war die ihr unterstellte Genehmigung des Streiks des Sicherheitspersonals an den Flughäfen über Ostern. Mit 71 Stimmen für, 28 gegen und 12

Enthaltungen wurde ihr das Vertrauen entzogen. Ausschlaggebend für die nötige Mehrheit waren die 9 Stimmen von Peru Libre, die allgemein als Racheakt für ihrer Dissidenz angesehen werden.

Es ist inzwischen nicht mehr auszuschließen, dass auch Abgeordnete von Peru Libre und Fraktionsdissidenten einer Amtsenthebung Castillos zustimmen könnten, sollte es in Zukunft zu einer diesbezüglichen Abstimmung kommen.

Präsident Pedro Castillo Foto: Presidencia Difusión

Unheilige Allianz gegen Bildungsreform

Aktuelle und ehemalige Abgeordnete von Peru Libre stimmen immer häufiger zusammen mit der Opposition gegen positive Gesetzesinitiativen oder für „Gegenreformen". Nachdem das Parlament die Gegenreform zur alten Bildungsreform durchgesetzt hatte und damit die Rolle der SUNEDU als oberste Aufsichts-Instanz über die Bildungsangelegenheiten drastisch eingeschränkt hatte, sah sich die Regierung auf Grund massiven Drucks aus der Zivilgesellschaft und Teilen der Lehrerschaft gezwungen, gegen die „Gegenreform" Einwendungen vorzubringen. Zur Erinnerung: Es geht um das Milliardengeschäft mit privaten Hochschulen, deren Qualität und Zertifizierung der SUNEDU obliegt. Sie hatte an die 50 Bildungsinstitutionen mangels Eignung schließen lassen und/oder Fristen für deren Schließung oder Mängelbehebung gesetzt. Zum anderen geht es um den Einfluss auf die Schulinhalte, darunter insbesondere um Sexualkunde und den Genderstandpunkt. Die Gegenreform ermöglicht es nun, Eltern und deren zumeist ultrakonservativen religiösen Interessensgruppen Einfluss auf die Lerninhalte zu nehmen,

ungeeignete Hochschulen weiter zu betreiben und gibt den Direktoren Mitbestimmungsrechte über den Betrieb von ungeeigneten Hochschulen und die Lizenzierung weiterer.

Die Einwendung der Regierung gegen die Teilentmachtung der SUNEDU wurde nun in der Bildungskommission von der Opposition im Bündnis mit Peru Libre abgeschmettert! Das umstrittene Gesetztesvorhaben wird in alter Fassung erneut dem Parlament zur Abstimmung vorgelegt. Aber damit nicht genug. Sogleich wurde eine Gesetzesinitiative erarbeitet, die auf die weitestgehende Unterbindung von Einwendungen seitens der Exekutive abzielt. Insgesamt ist die Situation im Bildungsbereich besorgniserregend und die Regierung ist nicht in der Lage, ausreichende und angemessene Maßnahmen zur Lösung zu ergreifen. Die lange pandemiebedingte Schulschließung hat nach Ansicht der UNICEF das Bildungsniveau um 10 Jahre zurückgeworfen. Betroffen sind insbesondere Kinder aus indigenen Gemeinden, den Armutsgürteln und Kinder mit Behinderungen, die weder richtige Betreuung noch Zugang zu den digitalen Medien hatten, um an den ohnehin umstrittenen Maßnahmen „aprendo en casa“ (Ich lerne zuhause) teilzuhaben.

Ohne Plan in die Hungersnot

Eine weitere Tragödie größeren Ausmaßes bahnt sich in der klein- und familiären Landwirtschaft an. Zu der ohnehin schon chronischen Vernachlässigung dieses Sektors, der maßgeblich zur Ernährung der peruanischen Bevölkerung beiträgt, kommt nun die Verknappung von Saatgut und Düngemitteln durch den Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine hinzu. Schätzungen gehen von einem Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion von 30% bis zu 70% aus. Trotz der immer wieder propagierten „zweiten Agrarreform“ und der drohenden Ernährungskrise versagt die Regierung, insbesondere durch die rasch wechselnden Landwirtschaftsminister und deren fehlende Eignung. Fortschritt in der Landwirtschaft wird vorwiegend als rein technisch zu lösendes Problem angesehen, z.B. durch den vermehrten Einsatz von Traktoren und der Förderung einer nationalen Kunstdünger-Produktion. Andere Maßnahmen wie der selektive, kurzfristige Ankauf von Nahrungsmitteln oder die Vergabe von Kleinkrediten lösen das strukturelle Problem nicht. Eine Strategie für eine ökologisch, nachhaltige und gemeinschaftlich organisierte Landwirtschaft ist nicht absehbar.

Bislang wurden vor allem die Privilegien für die exportorientierten mittleren und großen Agrarexporteure erweitert. Der ohnehin ungeeignete Landwirtschaftsminister *Oscar Zea*, vereidigt am 8. Februar, wurde schon am 24. Mai durch eine neue Personalie, *Javier Fernando Arce Alvarado* ersetzt. Beide kommen aus den Reihen Peru Libres und beide haben eine umfangreiche polizeiliche Vorgeschichte. *Zea* hat inzwischen auch die Fraktion von Peru Libre verlassen, u.a. aus Protest gegen die Absetzung seiner ehemaligen Kollegin *Betssy Chávez*. Sein Nachfolger, *Arce Alvarado*, wurde schon nach 2 Wochen auf eigenen Wunsch ausgewechselt. Wie

sich herausstellte, ist dessen kriminelle Vorgeschichte zu umfangreich, um ihn weiter halten zu können. Hinsichtlich Landwirtschaft hatte er weder Erfahrung noch Wissen in das Amt eingebracht.

Am 7. Juni vereidigte Castillo nun *Andrés Alencastre Calderón* als inzwischen fünften Landwirtschaftsminister seit Regierungsantritt. Er ist ein renommierter Ökonom, u.a. mit Expertise in Umweltfragen, und Konfliktmanagement auf sozial-ökologischem Gebiet. Er gehörte dem Programmteam von *Castillo* während des Wahlkampfes an, wurde aber bislang nicht für Ämter berücksichtigt. Das mag damit Zusammenhängen, dass er seit den 70ern in derjenigen Linken sozialisiert wurde, die *Vladimir Cerrón* kontinuierlich als „Caviares" (Pseudolinke) diffamiert. Offenbar musste Castillo auf ihn zurückgreifen, nachdem erneut klar wurde, dass in den Reihen von Peru Libre weder geeignete Fachleute noch unbescholtene Kandidat*innen zu finden sind. Ob *Alencastre* unter den widrigen Regierungsbedingungen und dem Gegenwind von Peru Libre die Agrarpolitik in bessere Bahnen lenken kann, darf bezweifelt werden. *Castillo*, obwohl selbst Kleinlandwirt, hat weder ein tiefes noch erweitertes Verständnis der Agrarproblematik im Land und verkennt jetzt ganz offensichtlich die Gefahr einer sich anbahnende Hungersnot.

Seit längerem werden die Hilferufe aus den 13 000 Volksküchen („comedores populares"), darunter 2400 Essenstafeln (Ollas comunes autogestionarias) immer lauter. Nach Covid setzen ihnen nun die rasant gestiegenen Lebensmittelpreise zu. Immer mehr Menschen sind auf sie angewiesen, während das Angebot immer weiter eingeschränkt werden muss und schon einige hundert Ollas gar nicht mehr tätig sein können. Bürokratische Hürden, ausbleibende Privatspenden und viel zu geringe staatliche Subventionen erschweren diese existenzielle kostenlose oder preisgünstige Nahrungsquelle für geschätzt 1 Mio. Menschen. Für sie dürfte sich die Wahlkampfparole *Castillos* „no mas pobres en un país rico" („keine Armen mehr in einem reichen Land") wie Hohn anhören.

Anstelle sinnvoller Lösungsansätze setzt *Castillo* weiter auf populistische Phrasen. Seine letzten Aussagen zum drohenden Hunger haben besonders bei den ärmeren Schichten und sozial engagierten zivilgesellschaftlichen Kreisen große Empörung ausgelöst: "Heute wird die Hungersnot nur diejenigen treffen, die nicht arbeiten, die faulenzen. Und da wir ein arbeitendes Volk sind, glaube ich, dass wir die Hungersnot besiegen werden". Wie schon seinerzeit im Wahlkampf werden hier seine bürgerliche und evangelikale Ideologie deutlich, die Reichtum oder Armut lediglich als Problem individueller Arbeitsbereitschaft und Selbstverschulden ansieht.

Politiker*innen wollen sich eine goldene Bürokratie schaffen

Die Regierungsopposition im Parlament hat derweil andere Sorgen. Sie arbeitet an der bisher umfangreichsten Verfassungsänderung, die u.a. den Handlungsspielraum des Präsidenten einschränken und die Regierung zu einem reinen Werkzeug des Parlaments degradieren soll. So darf der Präsident erst nach drei Misstrauensvoten gegen Kabinette den Kongress auflösen. Nicht

aber den Senat. Senat? Die Modifikation von sage und schreibe 53 Verfassungsartikeln sieht die Wiedereinführung des Zweikammern-Parlaments vor. Die Abgeordnetenkammer soll zahlenmäßig auf über 130 Mitglieder erweiterbar und durch einen 60ig köpfigen Senat ergänzt werden.

Die Spatzen pfeifen es von den Dächern: es geht um Arbeitsplatzbeschaffung auf höchstem Einfluss- und Einkommensniveau. *Yonhy Lescano*, ehemaliger Präsidentschaftskandidat von Accion Popular und politischer Gegner seiner Parteikollegin und Parlamentspräsidentin *Alva*, kommentierte das Vorhaben empört: “Mitten in der vorhergesagten Hungersnot und Armut wird versucht, noch mehr vergoldete Bürokratie zu schaffen. Das ist unverantwortlich.”

Vorgesehen sind weiterhin die Rückkehr zu der Möglichkeit aufeinanderfolgender Wiederwahl von Abgeordneten, erweiterte Einwendungsmöglichkeiten gegen Regierungsmitglieder bis hin zur namentlichen angeführten Entlastung des Putschisten *Merino* und anderer seiner Komplizen. Die Parlamentspräsidentin möchte für die Umsetzung des ehrgeizigen Plans die Jahreslegislatur, die am 15 Juni endet, ausdehnen, um dann die zweite notwendige Abstimmung schon in der darauffolgenden Periode durchführen zu können.

Das Vorhaben stößt nicht bei allen Parlamentarier*innen auf Gegenliebe und die notwendige Zustimmung ist nicht garantiert. Daher bringen die Betreiber*innen der Verfassungsänderungen nun ein Referendum ins Spiel. Angesichts ihrer hysterischen Ablehnung eines Referendums zu einer verfassungsgebenden Versammlung, wie sie *Castillo*, die Linken und die liberale Mitte durchführen wollten, reibt man sich doch erstaunt die Augen. Wenn es der Opposition in die Karten spielt, geht erstaunlich viel. Wieder einmal wird deutlich, wie diskriminierend, interessiert und vielfach rechtsbeugend die Konservativen, Rechten und Rechtsradikalen agieren.

Politikverdrossenheit angesichts bevorstehender Kommunalwahlen

Angesichts des desolaten Zustandes der Regierung und des „Congrezoos“ breitet sich die Politik-Verdrossenheit weiter aus und es machen sich all zu verständlich Fatalismus und politische Enthaltung breit. Die gesetzlich vorgesehen parteiinternen Vorwahlen der Kandidat*innen für die in diesem Jahr anstehenden Regional- und Kommunalwahlen haben ein bezeichnetes Licht auf den desaströsen Zustand und die hierarchische wie autoritären Praxis innerhalb der Parteien geworfen. Lediglich zwei Parteien hatten an einem einzigen Ort eine Alternative Kandidat*innen-Liste zur Wahl gestellt. Die durchschnittliche Wahlbeteiligung der Mitglieder der 147 Parteien und Regionalbewegungen lag bei 12%! Von den 144,955 Mitgliedern der einstmaligen Regierungspartei Peru Libre gingen 6,4% zur Wahl! Die vorgeschriebene Geschlechterparität der Kandidat*innen-Listen wurde nur von 7 Parteien eingehalten. Die linke Partei „Juntos por el Perú“, für *Veronika Mendoza* noch als Präsidentschaftskandidatin angetreten war, stellte nicht eine Frau auf. Keine der Führungen und Kandidat*innen von allen Parteien können unter diesen Umständen auf eine demokratische Legitimierung verweisen. Hinzu kommt, dass einige im Parlament

vertretene Parteien, nicht rechtzeitig die von der Wahlbehörde JNE vorgegebenen formalen Bedingungen einhalten konnten. Und so tat der Kongress das, was er am liebsten tut, nämlich Gesetze für den unmittelbaren Hausgebrauch zu verabschieden. Der Kongress wäre nicht er selbst, hätte er nicht drei Tage nach der Wahl ein Gesetz veröffentlicht, dass zusätzliche Wahlen für die zu spät gekommen Parteien und die Aufstellung neuer Kandidat*innen vorsieht, obwohl die Listen schon abgestimmt waren (sic!). JNE, ONPE und die Ombudsstelle (Defensoria del Pueblo) haben umgehend darauf verweisen, dass dieses Gesetz gegen die Verfassung und geltendes Wahlrecht verstößt. Auch technisch sei so eine Nachwahl in keiner Weise durchführbar. Das ficht den Kongress nicht an. Durch eine Modifizierung des 99ten Artikels der Verfassung möchte er den Weg frei machen, um die unliebsamen Leiter*innen der Behörden JNE, ONE und RENIEC wegen verfassungsfeindlicher Vergehen anklagen und loswerden zu können.

Für die Regional- und Kommunalwahlen treten nun Kandidat*innen an, für die sich selbst in den eigenen Parteien kaum jemand interessiert. Die Bevölkerung wird kaum Vertrauen in sie haben und an substantielle Verbesserungen durch die Wahlen glauben.

Fußball lenkt von der Krise ab

Je weniger die drängenden Probleme gelöst werden, desto entschiedener nutzt die Regierung die Anlässe, die der Festigung einer imaginären nationalen Gemeinschaft dienen könnten. Bei Patriotismus kann sie sich auch der Unterstützung durch die Opposition sicher sein. Am 13. Juni bekam das Personal des öffentlichen Dienstes landesweit frei, um aus der Ferne der Fußballnationalmannschaft auf alle erdenkliche Weise den Rücken zu stärken. Peru spielte in Doha/Qatar in der Relegation gegen Australien um den Einzug in die WM. Schätzungsweise 15000 Fans haben sich auf den Weg gemacht, das Spiel in Echtzeit vor Ort zu erleben. Beim Elfmeterschiessen verlor Peru schliesslich 4:5 gegen Australien und verpasste die WM-Qualifikation.

Andreas Baumgart, 13.06.2022

Foto: Andina - Difusion

3. „Wer die Waffe zuerst zieht, gewinnt“ – Mirtha Vasquez

Ein Gespräch mit Mirtha Vásquez zur aktuellen politischen Lage beim Peru-Seminar 2022

Mirtha Vásquez, Menschenrechtsanwältin und Aktivistin, war unter der Übergangsregierung von Francisco Sagasti von November 2020 bis Juli 2021 Parlamentspräsidentin. Im Oktober 2021 wurde sie Premierministerin in der Regierung Castillo, am 31. März 2022 trat sie zurück. Die Infostelle Peru hat sie beim jährlichen Peru-Seminar Anfang Mai 2022 zu einem Gespräch über ihre Einschätzung der Regierung und der aktuellen politischen Lage eingeladen.

Annette Brox hat das Gespräch zusammengefasst:

Die aktuelle Konfrontation zwischen Regierung und Kongress ist nicht neu, sie hat eine längere Geschichte. Offen zu Tage trat sie zum ersten Mal 2016, als die Präsidentschaftskandidatin Keiko Fujimori ihre Wahlniederlage nicht akzeptieren wollte und den Kongress nutzte, um die Regierung zu bekämpfen. Der Machtkampf zwischen Legislative und Exekutive ist eine der Hauptursachen für die anhaltende Regierungskrise.

"Moralischer Unfähigkeit" gegen "Auflösung des Parlaments"

Dabei spielen zwei politische Instrumente eine wichtige Rolle. Das eine ist die Möglichkeit der Amtsenthebung des Präsidenten, die aber nur in sehr besonderen Fällen möglich ist. Einer ist die so genannte „moralische Unfähigkeit". Sie war ursprünglich nicht gedacht für „moralische Vergehen", sondern für den Fall, dass ein Präsident geistig nicht mehr in der Lage ist, sein Amt auszuüben. Allerdings wurde nie genau definiert, was mit „moralischer Unfähigkeit" genau gemeint ist. In den letzten Jahren wurde dieses Instrument von Parteien im Kongress dazu genutzt, einen ungeliebten Präsidenten abzusetzen. Dies wird jetzt auch gegen Castillo versucht – bisher ohne Erfolg. Das zweite Instrument ist die Möglichkeit für den Präsidenten, die Vertrauensfrage zu stellen, z.B. wenn er ein neues Kabinett oder ein wichtiges Gesetzesvorhaben vorstellt. Wenn der Präsident dem Kongress zweimal die Vertrauensfrage stellt und sie verliert, kann er den Kongress auflösen. Diese eigenartige Regelung, beiden – Kongress und Präsident – eine Waffe in die Hand zu geben, führt zur Unregierbarkeit und einem großen gegenseitigen Misstrauen. „Wer zuerst die Waffe zieht, gewinnt." Solange dieses System erhalten bleibt, ist mit Neuwahlen nichts gewonnen. Es braucht eine institutionelle Reform des politischen Systems.

Ein schwacher Staat und ein Präsident ohne Rückhalt

Die Schwäche des Staates hat nicht erst mit Präsident Castillo begonnen. Seit vielen Jahren beobachten wir eine Fragmentierung der Parteienlandschaft. Wirkliche Parteien gibt es nicht mehr, nur Wahlvereine ohne politisches Programm, aber mit vielen Eigeninteressen. Diese Tatsache stellt die Repräsentativität der Parlamentarier*innen sehr grundsätzlich in Frage. Im Kongress sitzen Menschen, die nicht nur ungeeignet für diese Aufgabe sind, sondern auch ihre eigenen Interessen verfolgen. Dass es heute noch mehr Ultrarechte und Faschist*innen im Parlament gibt als in den früheren Jahren, macht die Lage für die Regierung noch schwieriger. Auch das Thema Korruption ist nicht neu. Die Vorwürfe gegen die Regierung Castillo sind eher klein im Vergleich zum skandalösen System der „Mega-Korruption" rund um den Fall „Lava Jato" (Korruptionsfälle im Zusammenhang mit dem Unternehmer Odebrecht).

Castillo ist ein Präsident ohne Partei und ohne Rückhalt. Perú Libre, die Partei, für die er kandidiert hat, ist nicht seine Partei, sondern die von Vladimir Cerrón. Zu seiner Unerfahrenheit und Unfähigkeit zu regieren kommt hinzu, dass er die falschen Verbündeten um sich schart. Er will Politik nur mit Menschen seines Vertrauens und aus seinem unmittelbaren Umfeld machen. So lässt sich aber ein Land nicht regieren. Ihm fehlt die Kompetenz, die richtigen Verbündeten zu suchen. Er vertraut auf Leute, denen er nicht vertrauen sollte. Sie zeigen sich freundlich, sagen, was er hören will, sie können manipulieren, um an wichtige Posten zu kommen. Castillo ist ein einsamer, Isolierter Präsident.

Im Wahlkampf hatte Castillo Unterstützung vor allem von denen, die gegen Keiko Fujimori waren. Nicht, weil sie ihn für den geeigneten Kandidaten hielten, sondern weil sie Fujimori verhindern

wollten. Das ist wichtig zu wissen. Die Regierung hat nie versucht, diese Unterstützer*innen zu halten bzw. für sich zu gewinnen.

Die Linke, die ihn während des Wahlkampfs und in den ersten Monaten seiner Regierung unterstützt hat, zieht sich von ihm zurück. Das hat mit dem „Faktor Cerrón" zu tun. Die Partei Cerróns hat sich weniger um die rechten Parteien gekümmert, sondern vielmehr die Linke zum Feind erklärt und sie als „Kaviar-Linke" beschimpft, die keine revolutionären Veränderungen wolle.

„Das Volk" als letzter Verbündeter der Regierung

Als einziger Verbündeter bleibt für Castillo jetzt „das Volk" aus den entfernten Provinzen. Aber auch diese Unterstützung bröckelt. Die aktuellen Proteste und Streiks gegen Preiserhöhungen fanden ausgerechnet in den Regionen und ausgehend von den Menschen statt, die Castillo mit Überzeugung gewählt haben. Die sozialen und Basisorganisationen stehen trotzdem weiter hinter ihm. Die Alternative, wenn Castillo nicht mehr Präsident wäre, ist für sie schlimmer. Aber sie fordern, dass er seine Versprechen einhält und Probleme löst – wie etwa den durch den Ukrainekrieg verursachten Mangel an Kunstdünger oder dass die Minenunternehmen Zugeständnisse machen und ihre Zusagen einhalten. Aber die anhaltende Unterstützung durch die Basisorganisationen muss nicht so bleiben. Denn Castillo ändert seinen Umgang mit sozialen Konflikten. Zunächst ging die Regierung tatsächlich neue Wege etwa im Konflikt um die Kupfermine Las Bambas. Es sollte keine Repression mehr geben. Doch bei den aktuellen Protesten gegen die Preiserhöhungen verhängte Castillo eine unverhältnismäßige Ausgangssperre in Lima. Die Rückkehr zu repressiven Maßnahmen gegen Proteste wird ihn die Unterstützung breiter Bevölkerungsteile kosten.

In ihrem Kampf ums Überleben vernachlässigt die Regierung Politik zu machen. Ein Beispiel: Die Ollas Comunes (Gemeinschaftsküchen), die während der Pandemie entstanden sind, um die Bevölkerung vor Hunger zu bewahren, wenden sich inzwischen gegen die Regierung, weil diese nicht in der Lage ist, ihr Überleben zu sichern. Lebensmittel kommen nicht an, die Versorgungslage wird immer schlechter, weil die Regierung keine Abhilfe schafft. So werden diese sozialen Organisationen plötzlich politisch und sagen: Weg mit dieser Regierung, die nicht fähig ist, unsere Ernährung zu sichern.

Vorgezogene Neuwahlen aus Ausweg?

Viele Peruaner*innen wünschen sich jetzt Neuwahlen. Eine seltsame Haltung, meint Mirtha Vásquez: „Erst treffen wir eine schlechte Wahlentscheidung, und wenn wir das merken, dann wollen wir eine neue Regierung." Die Wahlperiode von fünf Jahren müsse jedoch respektiert werden und die Bürger*innen müssen Verantwortung für ihre Wahlentscheidung übernehmen. Ob

die Regierung fünf Jahre lang hält, sei aber fraglich: Castillo hat keinen Rückhalt in seiner Partei und die mächtigen Medien sind gegen ihn.

Was kann ein Ausweg aus dieser Lage sein? Auf jeden Fall muss er demokratisch sein! Weder eine Amtsenthebung (die ehrlicherweise Putsch genannt werden muss) noch der Rücktritt des Präsidenten sind die Lösung. Aber wir können auch nicht einfach abwarten, wenn die Regierung sich als unfähig erweist, die Gesundheit und die Ernährung der Bevölkerung zu garantieren. Es muss zu einer politisch einvernehmlichen Lösung kommen. Vorgezogene Wahlen könnten eine gangbare Lösung sein, wenn sie mit einem Übergangsprozess gut vorbereitet werden. Hierzu müsste sich eine zivilgesellschaftliche Bewegung formieren, die einen demokratischen Übergangsprozess fordert und begleitet.

Auf die Frage, warum sie ihr Regierungsamt aufgegeben hat, erklärt Mirtha Vásquez, ihre Motivation in die Regierung einzutreten war eine ultrarechte, faschistische Opposition, die nicht akzeptieren will, dass ein Campesino Präsident wird. Als die Regierung sich dann aber nicht nur als unfähig erwies, sondern auch nicht bereit war Fehler einzugestehen und zu korrigieren, und dann auch noch Korruptionsfälle bekannt wurden, wollte sie nicht mehr Teil dieser Regierung sein. Man könne eine Regierung nicht allein deshalb unterstützen, weil sie eine linke Regierung ist. Alle Regierungsmitglieder müssten den Willen zeigen, sich zu verbessern und sich dafür zu engagieren, dass es den Armen im Land besser geht. Diesen Willen habe sie nicht erkannt, sagt Mirtha Vásquez. Natürlich werde sie sich auch weiterhin, außerhalb der Regierung, gegen die Rechte engagieren; aber gleichzeitig auch sagen, dass die Regierung keinen Willen zur Verbesserung zeigt und in Korruption verstrickt ist.

Zur abschließenden Frage, was wir von Deutschland aus in der aktuell schwierigen politischen Lage tun können, betont Mirtha Vásquez, dass der Blick von außen wichtig ist, wenn man mitten im Konflikt und emotional verstrickt ist. Sie hat die Hoffnung, dass ein Dialog-Angebot von außen, verbunden mit dem Hinweis auf Fehler und Irrtümer, von der Regierung besser angenommen werden könnte.

Annette Brox

4. Parlament will Bildungsreform kippen

Studierende fordern Qualität an den Universitäten und Sexualkunde an den Schulen

In Seitengesprächen wurde bei unserem Jahresseminar der Informationsstelle Peru e.V. in Köln auch über die Situation der Studienmöglichkeiten in Peru gesprochen. Hiesige Studierende haben es im Rahmen von Auslandssemestern mit den bekannten Universitäten „Pontificia Universidad Católica“ und “Universidad Nacional Mayor San Marcos” in Lima zu tun.

Die meisten peruanischen Studierenden sind an anderen mehr oder weniger bekannten staatlichen oder privaten Universitäten, mit unterschiedlichen, meist sehr hohen Studiengebühren eingeschrieben. Damit die Qualität bei privaten Universitäten halbwegs gesichert ist – und die Privatuniversitäten nicht nur dem Geldbeutel des Besitzers dienen -, gibt es eine unabhängige Aufsichtsbehörde, die SUNEDU. Diese hatte seit 2015 eine Universitätsreform begonnen. Alle Universitäten mussten demnach bestimmte Kriterien erfüllen, um die staatliche Erlaubnis zu bekommen. Nun sollen Vertreter*innen der Universitäten in die Behörde aufgenommen werden – und damit sich selber die Lizenzen vergeben können. SUNEDU soll damit, wenn es nach der Mehrheit des peruanischen Parlaments geht, in seinen Kontrollmöglichkeiten eingeschränkt werden, zugunsten von sog. „Bamba-Universitäten“, frei übersetzt „Schrott-Unis“. Professor Eland Vera von der Universidad Nacional del Altiplano in Puno sieht in den schlechten Universitäten ein großes Problem. Sie vergeben „Diplome“, ohne dass die Studierenden eine entsprechende Ausbildung bekommen haben. Aber mit diesem Diplom kommen sie leichter an wichtige Posten in Verwaltung oder Gesellschaft und agieren dort ohne wirkliche Qualifikation.

Der Privatuniversität Alas Peruanas wurde von SUNEDU die Lizenz entzogen. Foto: TVPeru

Aufschrei einer Studierenden

Im Nachgang zum Peru-Seminar habe ich bei einigen Personen in Peru nachgefragt und von einer Studentin eine längere Mail bekommen, aus der ich einige Stellen übersetze:

„… Wir haben am 13. Mai für die Beibehaltung der Qualitätskontrolle für die Universitäten und für eine integrale Sexualkunde an den Schulen protestiert. Das muss erklärt werden. Die

entsprechenden Gesetzentwürfe gegen die Qualitätsstandards kamen von den rechten Parteien im Parlament, aber auch von der Partei vom ultralinken Marxisten (wie er sich nennt) Vladimir Cerron.

Ein Beispiel dafür, wie die privaten Universitäten tricksen, ist die TELESUP (Lima). Ihr Gebäude ist ebenerdig. Um groß zu erscheinen, wurde eine Fassade vorgebaut, um vorzugeben, dass sie sieben Stockwerke hoch ist. So was ist symptomatisch… Damit ihr eine Ahnung davon habt, welche Typen, also welche Politiker bei uns, auch im Bildungsbereich, bestimmend sind, hierzu einige Informationen … Ich kann es nicht ändern, aber maßgeblichen Einfluss hat ein evangelikaler Ex-Pastor. Er heißt Esdraz Medina, war ein ultrareaktionärer evangelikaler Pastor in der südperuanischen Stadt Arequipa. Er ist sehr aktiv in der radikalen religiösen Bewegung „con mis hijos no te metes“, die vehement gegen jegliche Form einer Sexualerziehung im Sinne eines genderbezogenen Ansatzes kämpft, mit Argumenten, dass dadurch die Jungen zur ´Homosexualität erzogen werden´ und die Schülerinnen sehr früh Sex haben würden… Diese Gruppen wollen bestimmen, was in den Schulbüchern stehen soll, gemäß ihrer Vorstellung: Es gibt Mann und es gibt Frau und der Mann hat das Sagen. Medina versteht sich als Verteidiger der Familie, wurde aber von seiner Frau und Tochter wegen massiver häuslicher Gewalt angezeigt. Außerdem soll er im Jahr 2021 ein Haus in Arequipa angezündet haben, in dem sich eine Person befand, nachdem er den Rechtsstreit dazu verloren hatte… Und, passend zu seiner Funktion als PRÄSIDENT DER BILDUNGSKOMMISSION IM PERUANISCHEN PARLAMENT…und Abgeordneter in der Partei des faschistoiden Rafael López Allaga (Renovación Popular), wurde bekannt, dass er seine Masterarbeit (2020) gefälscht hat, indem er eine vorhandene Studie, inklusive der darin befindlichen Fotos, einfach kopierte. Thema: Auditoria a la Institución Educativa Victor A. Belaunde in Arequipa. Ok, die Kapitelüberschriften hat er dann selbständig geändert. Dafür bekam er seinen Master an der privaten Universität Nestor Cáceres Valeaquez, Arequipa. Gegen diese läuft ein Verfahren zur Aberkennung als Universität, weil sie keine akademischen Standards vorweist. Weil Medina seinen Mastertitel noch nicht offiziell bekommen hat, würde er ihn im Falle der Aberkennung seiner Universität auch nicht führen dürfen. So ist verständlich, dass er sich stark dafür einsetzt, dass Vertreter der „Bamba-Unis“ in den Aufsichtsrat kommen…“

(Übersetzt und teilweise kommentiert von Heinz Schulze)

5. Bergbau: Bestechung als Unternehmenskultur

Der Bergbau-Multi Glencore bekennt sich der Bestechung schuldig.

Der Schweizer Rohstoffkonzern Glencore scheint sich immer wieder Mühe zu geben, seinem schlechten Ruf gerecht zu werden. «Das Ausmaß dieses kriminellen Schmiergeldsystems ist erschütternd. Glencore zahlte Bestechungsgelder, um sich Ölverträge zu sichern [und] bestach Richter, um Gerichtsverfahren verschwinden zu lassen. […] und es tat dies mit der Zustimmung und sogar mit der Ermutigung seiner Topmanager», sagte der Staatsanwalt Damian Williams vom

südlichen Distrikt von New York an der Pressekonferenz vom 24. Mai, an welcher der Vergleich mit der Firma bekannt gegeben wurde. «Bestechung war bei Glencore fester Bestandteil der Unternehmenskultur», schloss Williams.

Glencore gesteht seine Schuld ein und wird dafür Bussen und Entschädigungen von 1.1 Milliarden US-Dollar zahlen. Und dies allein in den Vereinigten Staaten. Dazu kommen weitere Bussen in Grossbritannien und Brasilien. Die Verfahren der niederländischen und der schweizerischen Staatsanwaltschaften laufen noch weiter.

Keiner der bekannt gewordenen Fälle betrifft Peru. Doch der Verdacht, dass Glencore auch dort in die Bestechungskasse griff, wenn es dem Geschäft dienlich war, wird von den Enthüllungen gestärkt. Und es gibt eine prominente personelle Verbindung, die aufhorchen lässt.

Die meisten dokumentierten Bestechungsfälle betreffen den Kauf von betrügerisch vergünstigtem Rohöl von (halb-) staatlichen Förderfirmen in Westafrika, Brasilien und Venezuela. Daneben gibt es einen Fall aus der Demokratischen Republik Kongo (DRC), der ganz anders gelagert ist und illustriert, wie die Korruption in der Firmenkultur verankert und von ganz oben mitgetragen wurde.

«Ohne politischen Druck werden wir verlieren», schrieb im November 2010 ein lokaler Agent von Glencore an seinen Chef in einer E-Mail, nachdem er sich mit einem Regierungsvertreter getroffen hatte. Aber mit «ausreichend Munition» könne er die Sache geradebiegen. Es ging um den Rechtsstreit mit einer Medizintechnikfirma, welche Glencore wegen Vertragsbruch für 16 Millionen US-Dollar Schadenersatz verklagt hatte. In der Folge erhält er eine als Kommission deklarierte Zahlung über 500'000 Dollar und organisiert ein weiteres Treffen mit dem Regierungsvertreter und dem zuständigen Richter, nachdem er zurück rapportiert, «alles unter Kontrolle». Im Januar 2011 entscheidet der Richter den Fall zugunsten von Glencore.

In den Unterlagen der US-Staatsanwaltschaft, in denen der Fall beschrieben ist, wird der Empfänger dieser E-Mails als «Führungsperson Nummer 3» bezeichnet und beschrieben als griechisch-britannischer Doppelbürger, welcher von 1993 bis 2018 in der Kupfer-Zink Abteilung von Glencore arbeitete. Gemäss einer Meldung der Agentur Bloomberg kann es sich dabei nur um Telis Mistakidis handeln, der 1993 in dieser Abteilung einstieg und 2000 zu ihrem Co-Direktor ernannt wurde. Mistakidis trat 2018 zurück, unter Druck von den bereits laufenden Untersuchungen. Sein Vermögen, dass er sich über diese Zeit in Form von Glencore-Anteilsscheinen erworben hatte, wurde damals auf 2.5 Milliarden Pfund geschätzt.

Als Chef der Kupferabteilung hatte Mistakidis zwangsläufig viel mit Peru zu tun. Glencore ist weltweit einer der wichtigsten Händler des roten Metalls und wurde mit der Übernahme von Xstrata im Jahr 2013 auch (Mit-)Eigentümerin einiger der grössten peruanischen Kupfer- und Zinkminen: Tintaya-Antapaccay in Espinar, Antamina und Los Quenuales in Ancash und Lima, Volcan in der Sierra Central. Dazu kommen Lager- und Transportunternehmen im Callao und Handelsbüros in Lima. In Folge der Übernahme war Mistakidis auch verantwortlich für die sich im Bau befindliche

Kupfermine Las Bambas und traf sich im April 2014 diesbezüglich mit der damaligen Vizepräsidentin Marisol Espinoza, bevor die Mine schliesslich das chinesische Konsortium MMG verkauft wurde. «Es gibt keine Beweise, aber auch keine Zweifel», sagt ein peruanisches Sprichwort.

PR-Kampagne von Glencore in der Schweiz. Foto: Multiwatch

Das Geständnis von Glencore wird von kritischen Beobachter:innen vor allem als Versuch interpretiert, sich aus dem Würgegriff der amerikanischen Staatsanwaltschaft zu befreien und damit zu verhindern, dass diese noch viel mehr Dreck aufwirbelt. «Wir sind nicht mehr die gleiche Firma", liess der neue CEO Garry Nagle dazu verlauten. Es stimmt, dass neben Mistakidis noch andere Top-Kader ausgewechselt wurden. Nur, auch die neuen Chefs haben ihre Karriere innerhalb der Firma gemacht, deren Unternehmenskultur die Staatsanwaltschaft als «systematisch korrupt» bezeichnet. Ob sie wirklich einen Strich unter diese Praktiken setzen können, müssen sie erst noch beweisen.

Wie eine kleine, nicht datierte Anekdote aus dem Buch der Journalisten Javier Blas and Jack Farchy «The World for Sale» zeigt, geht die Verbindung zwischen Glencore und Peru bereits auf die 1960er Jahre zurück. Der peruanische Minenbesitzer Roque Benavides berichtet, wie er vom jungen Marc Rich (der später Glencore gründete) nach Hause eingeladen wurde: «Rich war ein grossartiger Gastgeber», der Wein sei reichlich geflossen und er sei «komplett betrunken» in sein Hotel zurückgekehrt. Rich habe auch bekommen, was er sich vom Treffen erhofft hatte: Einen 10-jahres Liefervertrag von Benavides' Minen.

Thomas Niederberger (Cooperaccion/Comundo)

Esmeralda Larota setzt sich für ein europäisches Lieferkettengesetz ein. Foto: Kampagne Espinar no puede esperar

6. Von Espinar nach Brüssel

Mitte Juni besuchte eine Delegation aus Peru das Europaparlament in Brüssel, um sich für eine griffige Lösung zur Konzernverantwortung einzusetzen.

Mit dabei ist Esmeralda Larota aus der Provinz Espinar, im Süden der Region Cusco. Sie erlebt die Folgen des Bergbaus in der riesigen Kupfermine Tintaya-Antapaccay täglich am eigenen Leib.

Der kleine Hof, wo Esmeralda mit ihren Eltern lebt, liegt auf einer Kuppe im Dorf Huancané Bajo. Von da sind es wenige Kilometer zum Damm des Rückhaltebeckens der Kupfermine Tintaya. Verschiedene Bäche fliessen aus der Richtung der Mine, wie auch unterirdische Wasseradern, die in kleinen Teichen an die Oberfläche kommen. Das Dorf gehört zu dem am stärksten mit Schwermetallen belasteten Siedlungen in der Umgebung der Mine.

“Ich habe die Veränderungen selbst miterlebt seit meiner Kindheit”, erzählt die etwas über 30-jährige Esmeralda. Sie zeigt uns die Stelle am Bach, wo sie immer das Trinkwasser her holten. “Zuerst wurden die Tiere krank, starben plötzlich an Krankheiten, die es vorher nicht gab. Dann begannen wir selbst, an Glieder- und Kopfschmerzen zu leiden.” Unterdessen seien viele im Dorf gestorben, an Krebs und anderen Krankheiten, die früher kaum vorgekommen seien. Auch wurde

eine Wasserleitung zum Hof verlegt, doch sie ist seit Monaten unterbrochen. Stattdessen trinken sie nun Regenwasser, das in einem Tank gefasst wird – solange es reicht.

Esmeralda Larota holt Wasser für ihre Tiere aus dem verschmutzen Bach hinter ihrem Hof. In der Ferne ist der stillgelegte Tagebau der Mine Tintaya sichtbar. Foto: Thomas Niederberger

Dass die Menschen in Huancané Bajo stark erhöhte Werte an Schwermetall und Arsen im Blut haben, ist erwiesen. Zuletzt zeigte eine Studie von Amnesty International bei 78% der untersuchten Personen in der Provinz Espinar gefährliche Konzentrationen an. Der Schweizer Konzern Glencore bestreitet jedoch einen Zusammenhang zum 40-jährigen Bergbau und macht für die Verschmutzung die natürlich im Boden vorhandene Mineralisierung verantwortlich. Obwohl alles darauf hindeutet und das Problem seit über 10 Jahren bekannt und dokumentiert ist, wurde bis heute keine Studie durchgeführt, die den Wirkungszusammenhang eindeutig belegt.

“Als wir wegen den sterbenden Tieren mit den Leuten von der Stiftung der Mine sprachen, meinten diese – zieht doch weg, wenn euch die Verschmutzung stört!” erinnert sich Esmeralda. Doch wohin sollte sie denn gehen? Sie ist die einzige, die sich um ihre gebrechlichen Eltern kümmert. Ein Leben in der Stadt könnten sie sich nicht vorstellen. Allerdings seien viele schon weggezogen, und der Zusammenhalt in der Gemeinde sei verloren gegangen. “Alle schauen nur für sich selber.” Wer jemanden in der Familie hat, der in der Mine sein Geld verdient, getraue sich nicht mehr, die Zustände zu kritisieren. Sie selber fürchte sich nicht, “ich habe nichts zu verlieren”.

Szenenwechsel: Am 14. Juni steht Esmeralda vor einer Kommission des Europaparlaments in Brüssel und berichtet vom Leid, dass die Mine brachte. Sie ist als Augenzeugin Teil einer

Delegation, welche für die Kampagne “Espinar kann nicht warten – für ein wirksames europäisches Lieferkettengesetz” nach Europa reiste. Die Kampagne wird von einer breiten Koalition von peruanischen und europäischen Organisationen unter dem Mantel des Red EU-LAT getragen – darunter auch die Bergbau-Kampagne der Infostelle. Espinar steht hier stellvertretend für so vieles, dass beim Abbau von Metallen falsch läuft.

Die EU-Direktive für Konzernverantwortung, in Englisch als “due diligence” (Sorgfaltspflicht) und in Deutschland als Lieferkettengesetz bekannt, soll zukünftig verhindern, dass Konzerne sich im globalen Süden hinter schwachen Gesetzen und untätigen Behörden verstecken können. Betroffene wie Esmeralda sollen damit vor Gerichten der EU-Mitgliedsländer Entschädigung und Wiedergutmachung einklagen können. Doch vieles hängt von den Details ab, die derzeit zwischen dem Europaparlament und der europäischen Kommission verhandelt werden.

Dass eine Mine von Glencore, mit Sitz in der Schweiz und gehandelt an der Börse von London, im Zentrum dieser Kampagne steht, hat seine Gründe. Der Konzern steht seit längerem weltweit in der Kritik wegen seiner besonders aggressiven Geschäftspraktiken (siehe auch den Bericht zu Korruption bei Glencore in diesem Newsletter). Die EU-Direktive soll auch für Firmen gelten, die ihren Sitz nicht in einem EU-Land haben, aber mindestens 40 Millionen Euro Jahresumsatz innerhalb der EU erzielen. Damit keine Schlupflöcher und perversen Anreize geschaffen werden, soll die Sorgfaltspflicht auch für Banken und Versicherungen gelten, welche Firmen wie Glencore finanzieren, sowie für die Kunden, welche ihre Rohstoffe von ihr beziehen.

Wird die EU-Direktive angenommen und in den Mitgliedsländern umgesetzt, wird es sich erst zeigen müssen, ob sie an Orten wie Espinar zu konkreten Verbesserungen führt. Wenige Kilometer von Huancané Bajo entfernt sind dort zur Zeit die Verhandlungen im Gange zwischen der mächtigen Minenfirma und den zwei kleinen indigenen Gemeinden Pacopata und Huini Coroccohuayco. Es geht um den Kauf ihres gesamten Gemeinschaftslandes für die Erweiterung der Mine mit einer neuen Tagebaugrube.

Hier soll bald Kupfer abgebaut werden. Foto: Thomas Niederberger

Die Verhandlungen finden hinter verschlossenen Türen statt, unter sehr ungleichen Kräfteverhältnissen und ohne die Beteiligung staatlicher Stellen oder zivilgesellschaftlicher Organisationen. Da es sich "nur" um eine Erweiterung handelt, stellt sich die Firma auf den Standpunkt, dass es kein formelles Konsultationsverfahren brauche. Eine kollektive Umsiedlung der betroffenen Gemeinden wird nicht beabsichtigt. Einmal mehr, so scheint es, werden die Rechte der Betroffenen mit dem Bulldozer aus dem Weg gekehrt.

Thomas Niederberger (Cooperaccion/Comundo)

Mehr zum Besuch von Esmeralda Larota auf der Seite der Bergbau-Kampagne Peru und dem Youtube-Kanal (mit deutschen Untertiteln). Alle Inhalte der Kampagne (in Spanisch) sind auf Facebook, Twitter, Instagram und Youtube zu finden.

7. Aus Liebe zu den Bergen

Saul Luciano aus Peru ist zum globalen Klimahelden geworden Dass er es gerade mit einem deutschen Energiekonzern aufnimmt, war in seiner Heimatstadt Huaraz nicht immer leicht vermitteln.

Ende 2014, gerade war die Weltklimakonferenz in Lima zu Ende gegangen, hörte Saul Luciano auf, nur Saul zu sein. und wurde zur Symbolfigur einer Auseinandersetzung, die das 21. Jahrhundert prägen wird: Wer die Klimakrise verursacht und dafür bezahlen muss.

Saul Luciano, 41, ein drahtiger unauffälliger Mann mit Brille, erzählt bedächtig und mit leiser Stimme zum hundert und xsten Male einer ausländischen Journalistin, wie es kam, dass er den deutschen Energiekonzern RWE auf Schadensersatz verklagte – und dass sein Fall vor dem Oberlandesgericht Hamm nun verhandelt wird. Es ist dieselbe Engelsgeduld, mit der er ausländische „Gringo"-Touristen in seine Berge führt, sie beruhigt, wenn sie Angst bekommen vor einem Gletscherfeld oder sanft zum Weitergehen ermutigt, wenn ihnen auf 5000 Metern Höhe die Puste ausgeht.

Längst ist Saul Luciano mit seiner Klage international bekannt geworden und weltweit fiebern Menschen mit, ob der David aus Peru gegen den deutschen Goliath siegen wird. Zu Hause in Huaraz aber werden die Berge und Gletscher eifersüchtig gehütet und Eindringlinge mit misstrauischen Augen beobachtet. Das hat so mancher Gletscherforscher zu spüren bekommen. Auch was Saul Luciano im fernen Deutschland machte, wurde misstrauisch beäugt.

Saul Luciano Lliuya aus Huaraz. Foto: Hildegard Willer

Wie alles begann

Im Dezember 2014 besuchte eine Abordnung der deutschen Umwelt-NGO Germanwatch Saul Luciano in Huaraz und stieg mit ihm zum 4562 Meter hoch gelegenen Palcacocha-See. Ein gemeinsamer Bekannter hatte den Besuch vermittelt. Die Leute von Germanwatch wollten nicht nur mit eigenen Augen sehen, was die Klimakrise in den Anden anrichtet. Sie waren auch auf der Suche nach einer von der Klimawandel betroffenen Person aus dem globalen Süden, die geeignet wäre, um eine zivile Klimaklage gegen einen Haupt-Verursacher im globalen Norden anzustrengen . Saul Luciano und die schmelzenden Gletscher in Peru schienen ideal für diesen weltweit ersten Präzedenz-Prozess. Denn das Abschmelzen der tropischen Gletscher in Peru ist gut dokumentiert und sichtbar. Somit tragen auch die großen Firmen im Norden mit ihrem hohen CO2-Ausstoss Schuld daran, dass die Berge in Peru ihre Schneekappen verliefen und dass Sauls Haus von einer Schlammlawine bedroht wird.. Als die Besucher der deutschen NGO ihn fragten, ob er, Saul, einen deutschen Energiekonzern deswegen auf Schadensersatz verklagen wolle, war er skeptisch. Er, ein einfacher Bauer und Bergführer aus Peru solle eine multinationale Firma verklagen? „Da gewinne ich doch nie“, dachte er. Mit multinationalen Firmen kennt er sich aus. Wie eigentlich alle Leute in Huaraz. Internationale Bergbaukonsortien bauen in Huaraz im großen Stil Kupfer, Gold und Silber ab, kaufen den Bauern das Land ab und lassen schmutzige Rinnsale und Abraumhalden zurück. Noch nie hat man in Huaraz vernommen, dass ein Bauer gegen einen Multi auch nur den Hauch einer Chance gehabt hätte.

Saul macht mit

Doch die Leute von Germanwatch hatten gute Argumente: dass der CO2-Ausstoss in Deutschland ja nicht vor der deutschen Grenze halt mache. Die ganze Erde erwärme sich und lasse also auch in Huaraz die Temperaturen ansteigen, die Sonne zum Glühen und bringe die Gletscher zum Schmelzen. Dass dies der erste Prozess weltweit werden könnte, den ein Betroffener in einem Land des Südens gegen einen Verursacher des Klimawandels im Norden führe. Dass, wenn er diesen Prozess gewinne, den Weg freimachen würde für viele viele Sauls, die klagen können. Saul Luciano dachte lange nach, bevor er zusagte. „Es war meine Gelegenheit, etwas für die Berge zu tun". Dabei war er nicht ohne Angst, dass er nun Drohungen bekommen würde und dass er als kleiner Bauer aus Peru gegen einen deutschen Konzern kaum eine Chance habe. „Am Anfang schien das Verfahren nicht voranzukommen", erinnert er sich. Dagegen kamen nun die Journalisten aus aller Herren Länder zu ihm nach Huaraz, in sein Haus. „Zu Beginn hatte ich noch Angst bei den Interviews", erzählt Saul Luciano. Auch seine Frau machte sich Sorgen, was sich Saul mit seiner Klage wohl eingebrockt hatte.

Der Palcacocha-See über Huaraz. Foto: Barbara Fraser

Eine weiße Kordillere ohne Schnee

Wenn er auf seine Berge schaut, schleicht sich ein trauriger Schatten auf Sauls Gesicht: imposant, idyllisch, wunderschön stehen sie da wie eh un je, der Alpamayo (bekannt als Logo der Filmfirma Paramount), der Artesonraju, der Huandoy – und der höchste von ihnen, der Huascaran. Doch Saul Luciano sieht auch, dass die „Nevados", die Schneeberge, immer weniger Schnee tragen. Dabei hatten sie der „weissen Kordillere" den Namen gegeben. Einen Namen, der bald nur mehr Erinnerung sein wird, wenn es so weitergeht mit dem Klimawandel. Ein Viertel der tropischen

Gletscher weltweit stehen hier. Und sie schmelzen rapide. Das Schmelzwasser auf seinem Weg nach unten, bildet immer neue Gletscherseen.

Das blaue Wasser der Palcachocha-Lagune bildet den perfekten Kontrast zum schneebedeckten Gipfel des Palcaraju-Gletschers.. Saul Luciano ist beunruhigt, wenn er auf den Gletschersees blickt und der Wasserspiegel angestiegen ist.

In den Anden sind Seen und Berge lebendige Wesen, und wehe, wenn sie losgelassen.

Die Gletscherkatastrophe von 1941

So geschah es am 13. Dezember 1941. Ein Eisbrocken fiel in den See, oder vielleicht war es auch ein aufgeweichter Damm – innerhalb von Minuten wälzte sich eine Lawine aus Schlamm und Felsbrocken hinab ins Tal. Dort lag die Provinz-Hauptstadt Huaraz. Mehr als 5000 Menschen wurden von den Schlammmassen überrollt oder weggespült und verloren ihr Leben. Saul Lucianos kennt die Erzählungen seines Vaters von jenem Tag auswendig. Seine Familie blieb verschont. Bis heute wird in Huaraz dieses Schreckenstages gedacht. Es war nicht der einzige. 1970 verschwand die benachbarte Stadt Yungay und ihre 18 000 Bewohner unter einer Lawine aus Schlamm, Geröll und Eis, die sich nach einem Erdbeben vom Gletscher Huascaran losgelöst hatte. Seit 1941 sind fast 25 000 Menschen in der „Cordillera Blanca“ (weiße Kordillere) durch von Gletschern verursachten Katastrophen gestorben, schreibt der Gletscherhistoriker Mark Carey.

17 000 Euro Schadensersatz für ein zerstörtes Haus

Je mehr Gletscherschmelzwasser in die Lagune fließt, desto höher der Wasserspiegel und desto grösser die Gefahr, dass sich eine Flutkatastrophe wiederholt. 120 000 Menschen wohnen heute in Huaraz. Auch Saul Luciano ist vor vielen Jahren vom Dorf Llupa in die Stadt gezogen, hat sich ein einfaches Haus gebaut, damit seine Kinder in eine bessere Schule gehen können. Sein Haus liegt direkt in der Schneise einer künftigen Flutwelle. 17 000 Euro beträgt der Schaden an seinem Haus, so haben die deutschen Rechtsanwälte der NGO ausgerechnet, den Saul bei einem Erdrutsch erleiden würde. Und dafür soll RWE in Deutschland zahlen. 17 000 Euro sind für einen Konzern wie RWE Trinkgeld.. Für den Bewohner von Huaraz bedeuten 17 000 Euro fünf Jahre lang den Mindestlohn. So viel Geld weckt Begehrlichkeiten.

Spätestens als Saul Luciano, der Bauer und Bergführer, für ein paar Wochen nach Deutschland fuhr, um am Prozess gegen RWE teilzunehmen; spätestens dann wurden einige Nachbarn misstrauisch. „Einige Nachbarn meinten, ich würde nach Deutschland fahren, um die Lagunen zu verkaufen, das alles nur wegen des Geldes machen“, erinnert sich Saul Luciano.. Sein Sohn wurde in der Schule deswegen schon blöd angemacht, auch seine Frau verstand nicht recht, auf was

sich ihr Saul da genau eingelassen hatte. Immer wieder erklärte Saul seinen Nachbarn, den Leuten in seinem Dorf Llupa, den Behörden, warum er nach Deutschland fährt. Dass es ihm nur um den Erhalt seiner, ihrer, Berge ging. Dass ganz Huaraz, ganz Peru, davon profitieren wird, wenn er den Prozess gewönne. Heute sind die kritischen Stimmen leiser geworden. Die deutsche NGO Germanwatch merkte, dass es nicht reichte, Saul Luciano auf die Titelblätter internationaler Topmedien zu bringen, sondern dass sie auch die Leute in Huaraz mitnehmen mussten. Unter anderem unterstützen sie nun eine lokale Initiative in Huaraz, die zur Klimakrise und zum Klimaprozess aufklärt.

Saul Luciano zeigt auf der Karte, wo sein Haus steht, das vom Klimawandel bedroht ist. Foto: Hildegard Willer

Misstrauen gegenüber Fremdem

Denn wenn es um ihr Wasser geht, verstehen die Leute in den Anden keinen Spaß. Das bekamen auch die Gletscherforscher von der Universität Zürich zu spüren. Sie hatten in der benachbarten Kleinstadt Carhuaz – ebenfalls von einem Gletscherseeausbruch bedroht – ein Frühwarnsystem aufgebaut. Eine Antenne und eine Kamera an der Lagune Nr 513 war mit einem Computer im Gemeindeamt in Carhuaz verbunden. Sobald es zu einem Erdrutsch oder Felsabbruch oder einer Überschwemmung kam, würde das Amt in Carhuaz in Echtzeit informiert und könnte die Menschen warnen, sich rechtzeitig in Sicherheit zu bringen. Eine tolle Sache, so sollte man meinen.

Doch die Menschen in den Dörfern hatten weniger Angst vor einer Schlammlawine, die sie irgendwann ereilen könnte. Mehr Sorgen bereitete ihnen, dass der Regen einfach nicht einsetzen wollte. Irgendjemand aus dem Dorf glaubte zu wissen, was daran schuld sei: die Antennen, die

die Gringos aufgebaut hatten. Die würden den Regen vertreiben. In einer konzertierten Aktion begab sich das ganze Dorf im November 2016 zur Lagune und bauten die Frühwarnanlage ab. Am Tag darauf regnete es.

Es war nicht das erste und sollte auch nicht das letzte Mal sein, dass technische Neuerungen und Fremdlinge auf das Misstrauen der lokalen Bevölkerung in den Anden stieß. Jahre vorher hatten Bauern Messstationen des peruanischen meteorologischen Dienstes abgebaut, ebenfalls unter dem Vorwand, dass sie den Regen abhalten würden. Im August 2019 verwehrten die Bewohner des Dorfes Musho einer internationalen Expedition von Gletscherforschern die Durchfahrt. Man habe sie, die Bewohner, nicht um Erlaubnis gefragt und die Ausländer wollten auf dem Gletscher eine Mine errichten, hieß es. Letztes Jahr bauten Bewohner eines benachbarten Dorfes die Antennen an der Laguna Arhuaycocha ab, um damit ihre Forderung zum Bau eines Bewässerungskanals zu untermauern. Die Aktionen der Dorfbevölkerung gründet auf berechtigem Zweifel: Zum einen ist da die Erfahrung, dass ausländische Firmen eigennützige Interessen haben (siehe Bergbau). Zum anderen ist das fehlende Wasser für viele Gemeinden ein dringenderes Problem als eine eventuelle Gletscherlawine.

Gut erforschte Gletscher

Kaum ein tropisches Gletschergebiet ist so gut erforscht, wie die weiße Kordillere in Peru. Seit 70 Jahren hat sich eine eigene peruanische, sehr praktisch orientierte, Gletscherkunde entwickelt. Seit der Klimawandel evident ist, kommen viele internationale Gletscherforscher nach Peru. Dabei wird immer offensichtlicher, dass ein rein naturwissenschaftlicher Ansatz dem komplexen Phänomen der Gletscherwelt in den peruanischen Anden nicht gerecht wird. Denn Gletscher sind nicht nur eine in Jahrtausenden erstarrte Wassermasse, deren abnehmende Dicke man mit immer raffinierteren Geräten messen kann. Die Gletscher sind Teil der Kultur, für die lokale Bevölkerung sind sie beseelte Wesen, sie wachten schon über das Dorf, lange bevor der erste spanische Erobererhre Gefilde betrat, und sie werden öfters zum Unterpfand der Politik: Die Frühwarnanlage, die die Bewohner von Huaraz vor einer Flutwelle aus dem Palcacocha-See rechtzeitig warnen sollte nach Bemühen der Regionalregierung schließlich finanziert und von der Kommune aufgebaut werden. Heute streiten sich beide darum, wer für die Betriebskosten aufkommen muss.

Erklärungen, die das Scheitern solcher Projekte einseitig der animistischen, ganzheitlichen Weltsichter Bewohner oder – so das gegenteilige Narrativ– ihrer abergläubischen und fortschrittfeindlichen Gesinnung zuschreiben wollen, greifen zu kurz. Sagt Tomas Uson, der an der Humboldt-Universität über den sozialen und kulturellen Kontext der Gletscherkatastrophen in Huaraz promoviert. Eine Gemengelage von traditionellen Naturvorstellungen, handfesten lokalpolitischen Interessen und modernen Verschwörungstheorien, von sozialen Netzwerken in Windeseile verbreitet, trifft die Stimmung wohl am besten. Dazu die Erfahrung, dass internationale Akteure – wie Bergwerke oder Wasserkraftbetreiber – tatsächlich oft ihre Berge „kaufen“ und

ausbeuten wollen. Forschungsinstitutionen oder internationale NGOs müssen deswegen immer wieder die Bevölkerung über ihr Tun informieren und erklären, wie diese von den Forschungen und Projekten profitiert.

Rohre leiten das Wasser ab, damit der Palcacocha-See nicht überfliesst. Foto: Barbara Fraser

Ortstermin am Gletschersee

Auch Saul Luciano hat in seinem Dorf Llupa immer wieder erklärt, warum er schon dreimal in Deutschland war, warum ihn so viele ausländische Journalisten aufsuchen und sogar Drohnen über ihren Dächern aufsteigen lassen. Zuletzt im Mai 2022, als er mit einem Pulk von deutschen Richtern vom Oberlandesgericht Hamm, Gletscherexperten und Journalisten aus aller Herren Länder zum Palcacocha-See hochstieg und auf das Risiko einer Lawine hinwies. Der Ortstermin sollte den feststellen, dass dieses Risiko für Sauls Lucianos Haus tatsächlich besteht. Glaziologen haben den Beweis für den Zusammenhang zwischen dem menschengemachten Klimawandel und dem erhöhten Risiko einer Gletscherlawine in Huaraz längst erbracht. Hoffentlich noch dieses Jahr wird sich das Gericht dazu äussern. Aber, selbst wenn die Antwort auf diese erste Frage positiv ausfällt (dass der durch die Klimakrise wachsende Palcacocha-See das Haus von Saul Luciano bedroht), so steht in einem weiteren Schritt die zweite Frage an: Saul Luciano bzw. seine Anwälte müssen nachweisen, dass die schmelzenden Gletscher in Huaraz wirklich vom Kohlendioxid-Ausstoß in Nordrhein-Westfalen verursacht ist. Es wird noch einige Zeit dauern, bis das Gericht auch diese Frage beantwortet hat und ein endgültiges Urteil fällen kann.

„Niemand hat mir gesagt, dass ich die Menschen, die vom Klimawandel betroffen sind, vertreten soll“, sagt Saul Luciano. Es ist einfach so gekommen. Weil er seine Berge und seine Heimat liebt. Weil er die Gelegenheit bekam, etwas für sie zu tun. „Ich möchte nicht, dass wir in 40 oder 50

Jahren kein Wasser mehr haben“. Und dafür nimmt er wohl auch den Medienrummel in Kauf. Um das zu bewahren, was ihm heilig ist und wofür er seine Nevados so liebt: „De frische Luft, das Rauschen des Baches, der Gesang der Vögel, das Getrappel der Pferde, meine Freiheit“.

Hildegard Willer

Aufräumarbeiten am Strand von Lima nach dem Erdölunfall im Januar 2022 Foto: Hildegard Willer

8. Plastikmüll, Überfischung, Erdöl

Um den Pazifik vor der Küste Perus ist es nicht gut bestellt.

Am 6. Juni, dem Welttag der Ozeane war es in diesem Jahr besonders angebracht, den Blick auf den ca. 3.000 Kilometer langen Küstenstreifen Perus und diesen Teil des pazifischen Ozeans zu lenken. Dabei geht es um die schlimme Verschmutzung durch Erdölaustritte, Plastik im Meer und Überfischung.

Dieser Teil des Pazifiks gehört zu den 80 % der Erdoberfläche, die von Ozeanen bedeckt sind. Er beherbergt den höchsten Anteil an der biologischen Vielfalt und ist für Millionen Menschen Nahrungsquelle.

Problem Erdöl

In Peru ist unter anderem an den 15.Januar 22 zu erinnern, als über 12.000 Barrel Erdöl (1.908.000 Liter) durch ein Versagen des Tankschiffs Mare Doricum des spanischen Unternehmens Repsol an der Küste nördlich der Hauptstadt Limas ausliefen. Repsol machte dafür eine „unerwartet hohe Welle durch einen Vulkanausbruch auf der Insel Tonga" verantwortlich. In peruanischen Medien wird gefragt, wie es möglich war, dass der italienische Kapitän Giacomo Pisane aus Peru flüchten konnte. Noch immer sind die Strände ungenügend gereinigt und das meiste Rohöl liegt auf dem Meeresboden. Die Schadensbeseitigung wird mindestens 10 Jahre dauern.

Problem Plastik

Schätzungen der UNO besagen, dass jede Person in Lateinamerika und der Karibik ein Kilo Müll am Tag produziert Ein großer Teil davon landet, auch über die Flüsse, im Pazifischen Ozean. 60-90% des an Stränden, Meeresoberfläche und am Meeresgrund gefundenen Mülls ist Plastik. Die peruanischen Strände gehören zu denjenigen, die am meisten mit Mikroplastik verschmutzt sind. Untersuchungen am Strand von Ventanilla haben pro Quadratmeter 465 Mikroplastikteilchen registriert. Und natürlich finden die sich auch in den Fischen, die die Menschen konsumieren.

Problem Überfischung

Seit langem ist bekannt, dass das Meer vor Perus Küste überfischt ist, zum großen Teil durch den auch illegalen Fischfang durch große internationale Schiffe innerhalb der fünf Meilen-Zone. Die regionalen Fischer fordern immer wieder die peruanische Regierung auf, das 30 Jahre alte Fischereigesetz zu ändern, zum Schutz der kleinen und mittleren peruanischen Fischer und zur besseren Versorgung der peruanischen Bevölkerung.

Obwohl die Vereinten Nationen das Jahrzehnt 2021 – 2031 zur Dekade für die nachhaltige Nutzung der Ozeane ausgerufen haben, haben die Organisationen, die sich mit den Ozeanen beschäftigen, wenig Hoffnung, dass die UN-Ozeankonferenz am 27. Juni 22 in Lissabon positive Ergebnisse bringt.

Heinz Schulze

9. Heftiger Streit um Umweltschutz und Indigene

Unter dem Vorwand der Entwicklung will eine Bürgerinitiative aus Loreto den staatlichen Schutz der unkontaktierten indigenen Völker abschaffen.

In der peruanischen Amazonas-Region Loreto hat sich eine „Koordination für eine nachhaltige Entwicklung des Regenwaldes“ gegründet. Diese wird von der Regionalregierung unterstützt, deren Chef Elisban Ochoa Sosa wegen Korruption stark unter Druck steht. Die Betreiber dieser Kampagne verstehen sich als Nichtregierungsorganisation. Einer der führenden Köpfe der Kampagne ist Wilfredo Panduro von der Vereinigung der Ingenieure in Loreto; ein anderer Sprecher ist Christian Zeus Pinasco Montenegro, von dem noch die Rede sein wird.

Diese Bürgerinitiative will die wenigen Schutzmaßnahmen und Gesetze für die indigenen Völker, die in freiwilliger Isolation leben, kippen. Ziel der Aktion ist die Rücknahme des Gesetzes mit der Nummer 28736, das diese isoliert lebenden, sogenannten nicht-kontaktierten Indigenen (PIACI) schützt. Auch fordern sie, dass Peru das Schutzabkommen für Umweltschützer (Escazú-Abkommen) nicht ratifiziert. Vielleicht, damit ihnen niemand zu sehr auf die Finger schaut, wenn sie bei ihren Zerstörungsmaßnahmen, „Entwicklung“ nennen sie es, indigene Menschen aus ihren Territorien vertreiben oder töten. Die Argumentation dafür ist ähnlich wie die der spanischen Eroberer und deren Theologen. Sie sagen: Diese Indigenen sind rückständig und stehen der Entwicklung im Wege. Damit es sich ein wenig positiver anhört, sagen sie, dass sie einer nachhaltigen Entwicklung im Wege stehen.

Mannigfaltiger Protest gegen die Initiative

Gegen die Bürgerinitiative aus Loreto haben viele ihre Stimme erhoben:

* Die staatliche „Defensoría del Pueblo“ (Ombudsstelle) forderte umgehend das peruanische Parlament auf, nichts zu unternehmen, was die Rechte der unkontaktierten indigenen Völker einschränkt. Deren Schutz liege in der staatlichen Verantwortung, festgelegt in peruanischen Gesetzen und internationalen Abkommen. (Servindi, 29.4.22).

* Das zuständige Kultusministerium (Mincul) forderte ebenfalls umgehend die Regionalregierung von Loreto auf, die bestehenden Schutzmaßnahmen für die betroffenen indigenen Völker voll und ganz einzuhalten.

* Der Dachverband der indigenen Organisationen, AIDESEP, fordert die Regionalregierung und die Unterzeichner der Kampagne deutlich auf, mit solchen gefährlichen Aktionen sofort aufzuhören, denn solche Vorhaben verursachen die Vertreibung der Indigenen, die Vergiftung des Wassers und Bodens, Erdölaustritte, also Krankheit, Hunger und Tod, und das nur, damit einige Firmenbesitzer reich werden. Außerdem fordert AIDESEP erneut die Regierung von Loreto auf, die ungesetzlich erteilten 47 Konzessionen zur Abholzung des Regenwaldes umgehend zurückzunehmen, weil diese in Umweltschutzzonen (Reservas Indígenas y Territoriales) liegen. (Aidesep, Lima, 28.4.22).

* Auch der regionale Zusammenschluss der indigenen Völker in der Region Loreto, ORPIO (mit ihren Mitgliedsorganisationen der Awajun, Wampis, Matses, Ticunas, Yagua, Kichwa und Kapanawa) fordern die Regionalregierung dringend auf, die bestehen Schutzgesetze voll umfänglich einzuhalten und so die gesicherten Territorien im Umfang von ca. 19 Millionen Hektar nicht anzutasten, weil in diesem Teil des amazonischen Regenwaldes weltweit die meisten nicht-kontaktierten indigenen Völker leben. (ORPIO, Manifiesto vom 5.5.22).

Auch in der Region Loreto beziehen sich die Gegner des gesetzlichen Schutzes für unkontaktierte indigene Völker auf Gesetzeslücken bzw. Interpretationsmöglichkeiten. Im peruanischen Gesetz für die indigenen Dorfgemeinschaften gibt es den Artikel 11. Dieser erlaubt es den Behörden, einen Teil des gemeinschaftlichen Landes der Dorfgemeinschaft als „Land zum möglichen Forstgebrauch“ zu erteilen (cedido en uso) und dieses später an Dritte zu verkaufen (sprich für Konzessionen zur „legalen Abholzung“ etc.). Die Juristen Christina Gavancho und Juan Carlos Ruiz Molledo vertreten jetzt einige Dorfgemeinschaften, die gegen diesen Artikel geklagt haben, vor dem zuständigen Gericht in der Region Loreto. (Servindi, 20.5.22)

Der Bischof von Iquitos (Vicariato Apostólico de Iquitos) kritisiert die Vorstellungen der Gruppe als Modell der Zerstörung und fordert dazu auf, die Ideen von Papst Franziskus in der Enzyklika „Laudato Si´“ endlich zu übernehmen. (Servindi, 29.5.22)

Zurück zu den Führungspersonen, die die indigenen Völker „vertreibend entwickeln“ wollen:

Sie beschimpfen die Umweltschützer und Partnerorganisationen der Indigenen als Naziambientalistas – Nazi-Umweltschützer.

Der Sprecher dieser reaktionären Gruppe, Christian Zeus Pinasco Montenegro, der sich gerne mit einem T-Shirt mit dem Aufdruck „No a Escazú“ zeigt (Nein zum Escazu-Abkommen, dem Schutzabkommen für Umweltschützer), hat noch mehr „zu bieten“. Er wurde im Jahr 2018 zu vier Jahren Haft auf Bewährung verurteilt wegen Korruption. Er hat als Stadtrat im nördlichen Küstendistrikt Monsefú Aufträge in Höhe von ca. 2 Millionen verschoben . Davor hat er als Angestellter des Distrikts Maynas (Region Loreto) Aufträge in Höhe von über 48 Millionen Soles an seine Familienmitglieder „vermittelt“ (La Verdad, Iquitos, 2019, und Servindi, 26.5.22). Und er ist Unterstützer des Palmöl-Unternehmens Tamshi, das wegen illegaler Zerstörung von ca. 2.000 Wald mit einer Geldstrafe durch die zuständige Behörde OEFA (Organismo de Evaluación y Fiscalización Ambiental) belegt worden ist. (Servindi.org/02/11/2020)

Die indigenenfeindliche „Koordination für eine Entwicklung des Regenwaldes“ beginnt jetzt, ihren Kandidaten Juan Carlos del Águila C (Fuerza Popular, Fujimori-Partei) für die nächsten Regionalwahlen aufzubauen. Dieser hat in seiner Zeit als Kongressabgeordneter vehement behauptet, dass eine Zustimmung zum Umweltschutzabkommen Escazú Peru die Autonomie nehmen würde, was nicht stimmt. (Servindi, 24. und 25.5.22).

Herr Präsident, tun sie etwas für die nicht kontaktierten indigenen Völker!

Die Vereinigung der indigenen Völker des peruanischen Regenwaldes (AIDESEP) forderte bei ihrer Großdemonstration am 26.Mai 2022 in Lima anlässlich ihres 42-jährigen Bestehens den peruanischen Präsidenten Castillo auf, sich deutlich und stark für die unkontaktierten indigenen Völker einzusetzen und keinerlei Veränderungen am gültigen Gesetz zum Schutz dieser Völker zuzulassen, weil die Aufweichung der Schutzbestimmungen den Genozid für diese Völker bedeuten würde. (Servindi, 27.5.22).

Heinz Schulze

10. Kurz gemeldet Juni 2022

Googlen in Quechua, ermordete Bergleute und ein peruanischer Animationsfilma: das sind die Highlights diesen Monats

Gericht weist Klage gegen Abholzung des Regenwaldes ab

Bereits 2020 hatte die Infostelle Peru über die Klage von Schulkindern 2019 berichtet, die erhoben wurde, weil durch die Abwesenheit politischer Präsenz und Gegenmaßnahmen des peruanischen

Staates die Abholzung des Regenwaldes immer stärker zunimmt. Die Rodung macht 60 Prozent der klimaschädlichen Emissionen des Landes aus. Mit schwachen Argumenten haben die Angeklagten – der Präsident, der Präsident des Ministerrates, der Umweltminister und die Minister für Landwirtschaft und Bewässerung sowie für Energie und Bergbau, außerdem die Regionalgouverneure von Loreto, Ucayali, Amazonas, Madre de Dios und San Martín – die Klage nun abgewendet: Ein löchriges Hauptargument ist, dass die Forderung "nicht notwendig sei", da es bereits Pläne gebe in Bezug auf die Abholzung. Diese Argumentation erscheint schwach, vor allem vor dem Hintergrund, dass die Abholzungsfläche in den letzten Jahren von 150.000 auf 200.000 Hektar deutlich angestiegen ist. Diese Erhöhung verletzt etwa das "Recht auf ein angemessenes und ausgewogenes Lebensumfeld", anerkannt in Artikel 2.22 der Verfassung oder besonders die "Grundsätze der Erhaltung der biologischen Vielfalt und der Nutzung natürlicher Ressourcen", die in den Artikeln 67 und 69 der Verfassung festgehalten sind.

Historischer Triumph im Kampf der indigenen Dörfer und Gemeinden um territoriale Besitzansprüche

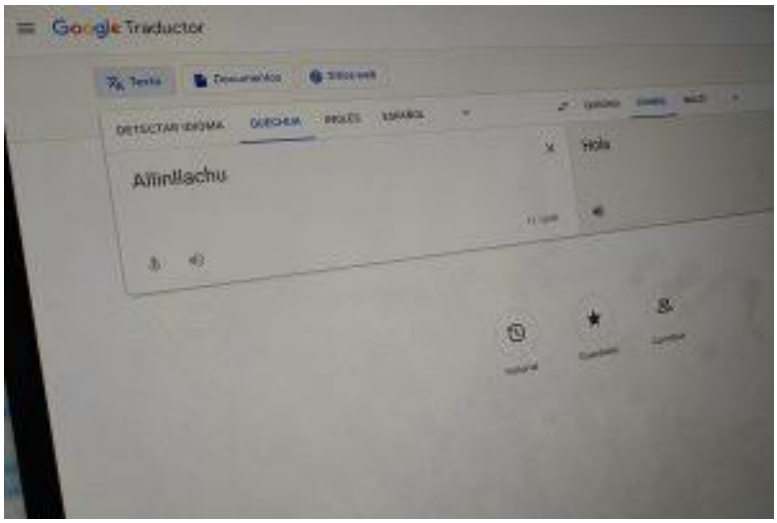
Die Gemeinde Santa Clara de Uchunya erhielt am 14. Mai 2022 die offizielle Anmeldung ihrer ersten territorialen Erweiterung um knapp 1544 Hektar. Die indigene Gemeinde hat mehrere Jahrzehnte um die volle Anerkennung ihres Territoriums gekämpft. Durch die Ansiedlung der Palmölfirma "Ocho Sur", die in den angrenzenden Waldgebieten durch die Ausweitung der Palmöl-Monokultur schwere Schäden anrichtete, kam es 2015 zu einer konkreten Forderung auf territoriale Erweiterung, deren Verfahren nun abgeschlossen ist. Der Fall der Gemeinde Santa Clara de Uchunya ist repräsentativ für die permanente Bedrohung der indigenen Gemeinden durch Akteure, die die territoriale Unsicherheit des Landes für illegale Zwecke ausnutzen. Die Bescheinigung über eine Registrierung der territorialen Erweiterung, die die Gemeinde nun im Rahmen eines offiziellen Protokollaktes im Hauptamtssitz von Pucallpa erhielt, bei der sowohl Mitglieder des Gemeindevorstandes, der Gemeindevertreter, der Vizegouverneur und Vertreter indigener Organisationen anwesend waren, stellt einen wichtigen Schritt im Kampf der indigenen Dörfer und Gemeinden um rechtmäßige territoriale Besitzansprüche dar.

"Ich habe immer mit ganzem Herzen für unser Land gekämpft. Ich habe mich nie kaufen lassen, denn Geld ist vergänglich und ist keine große Hilfe. Ich hinterlasse meinen Kindern und Enkelkindern unser Territorium. Hier ist das Land! Wir haben viel gekämpft und gelitten für diese Anerkennung." Luisa Mori, Mitglied des Vorstandes von Santa Clara de Uchunya.

Indigene Sprachen in Google Translator

Mitte Mai hat das Kultusministerium in Peru beschlossen, die beiden meist gesprochenen indigenen Sprachen Quechua und Aymara in den Google-Übersetzer einzugliedern. Mit der

Integration der Sprachen in den meistbenutzten Übersetzer der Welt stellt diese Entscheidung einen wichtigen Schritt für die soziale und kulturelle Inklusion innerhalb der peruanischen Gesellschaft dar. Der Google Translator übersetzt insgesamt in 133 Sprachen, in der Woche vom 16. Mai sollen es 24 neue sein – darunter Quechua und Aymara.



Google übersetzt neu auch in und vom Quechua Foto: Andina

arüber hinaus werden bereits seit November 2021 neue Versionen der Programme Windows XP und Microsoft Office in Quechua entwickelt, die voraussichtlich im zweiten Semester dieses Jahres verfügbar sein werden. Diese Fortschritte erlauben den Quechua und Aimara – Sprechenden einen sprachbarrierefreien technischen Zugang und sorgen für mehr gesellschaftliche Teilhabe. Während Übersetzungs- und Dolmetscherarbeit derzeit noch von Fachleuten durchgeführt wird, bekundete Microsoft sein Interesse, Quechua auch mittels künstlicher Intelligenz in das Microsoft-Translator-Tool zu integrieren.

*Dieser Fortschritt fördert "den Respekt vor der kulturellen und sprachlichen Vielfalt, die durch Quechua und Aimara präsentiert wird." (*Rocilda Nunta, Vizeministerin für Interkulturalität)

Präsident Castillos Erziehungsminister will Stellen für zweisprachige Lehrer*innen streichen

Das Versprechen von Präsident Castillo, die Politik der indigenen Bevölkerung zu unterstützen, trifft durch die kürzliche Forderung des Erziehungsministers Rosendo Serna Román, 25.000 Stellen für zweisprachige Lehrende in einsprachige Stellen umzuwandeln, auf Widerspruch. Konkret sollen Kinder, deren Muttersprache etwa Quechua, Aymara oder Ashäninka sind, fortan von einsprachig Spanischsprechenden unterrichtet werden, die lediglich durch Intensivkurse Grundkenntnisse der jeweiligen indigenen Sprachen erwerben sollen.

Während diese Maßnahme von der Lehrergewerkschaft FENATEP mit Blick auf bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt positiv aufgenommen wird, kam es beispielsweise seitens des Dachverbandes der indigenen Völker AIDESEP zu Protesten. Die Maßnahme befördere die Chancenungleichheit für diejenigen 1.3 Millionen Schüler*innen, für die Spanisch beim Schuleintritt eine Fremdsprache darstellt. Der Dachverband fordert eine intensivere Ausbildung von Lehrpersonal für Schüler*innen mit indigenem Hintergrund, die sich insbesondere auf Kenntnisse, Technologien und Werte ebendieser beruft und deren feste Verankerung im schulischen Curriculum.

Der Koordinator des Netzwerkes für Interkulturelle Bildung, Fernando Garcia, fragt in der Zeitung La República, warum gerade eine Regierung, die dank der Stimmen der indigenen Bevölkerung ins Amt gekommen ist, dieser damit den Rücken zudrehen will.

Beerdigung nach 37 Jahren

Im August 1985 sperrten Soldaten über 70 Bewohner des Dorfes Accomarca in eine Hütte, beschossen sie und legten dann Feuer. Alle Menschen kamen um. Es war die Zeit des bewaffneten Konflikts. Das Militär hatte die Bewohner der Mitgliedschaft im Leuchtenden Pfad bezichtigt.

Seit 2003 hatte ein Team forensischer Spezialisten die Knochen der Ermordeten freigelegt und zum Teil identifiziert. Unter grosser Beteiligung der Angehörigen und des Dorfes wurden die Überreste der Ermordeten nun 37 Jahre danach, in ihrem Heimatdorf beigesetzt.

https://elpais.com/internacional/2022-05-23/un-perdon-a-medias-tras-37-anos-de-espera-el-entierro-de-las-victimas-de-accomarca.html

Peruanische Produktion gewinnt Preis für besten Animationsfilm

Ainbo heisst die Heldin aus dem Regenwald, die dank ihrer Freunde, einem Gürteltier und einem Tapir, ihre Heimat, den Amazonaswald, rettet. Die Geschichte wurde als Animationsfilm umgesetzt von den peruanischen Regisseuren Jose und Cesar Zelada. Der Film ist in Madrid mit dem wichtigsten Filmpreis der spanischsprachigen Welt, dem Premio Platino, ausgezeichnet worden. Hoffentlich ist der Film auch in dem einen oder anderen deutschen Kino zu sehen. Den Trailer gibt es bereits in deutscher Übersetzung: https://www.youtube.com/watch?v=uxWQyUyAUvw&feature=emb_title

14 Tote bei Streit um Gold- und Kupfermine

Der weltweit hohe Goldpreis hat in Peru weitere Menschenleben gefordert. 14 Männer kamen bei den gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen den Bergleuten rivalisierender Goldschürfer in der Nähe von Caraveli (Arequipa) ums Leben. Sie hatten um eine Konzession gestritten. Dabei handelte es sich nicht um illegale Goldschürfer, sondern um Angestellte zweier kleiner Unternehmen. Ein hoher Gold- und Kupferpreis, rückläufige staatliche Kontrollen und eine staatliche Politik, die die Informalität fördert, lassen befürchten, dass um den Bergbausektor weiterhin gewaltsam gestritten wird.

11. Nachgefragt: Warum muss ich 6 Monate warten, bis ich einen Termin beim Deutschen Konsulat in Lima habe ?

Eine Recherche in eigener Sache

Jose (Name geändert) machte einen Luftsprung vor lauter Freude, als er im Juni 2021 den Bescheid bekam, dass er für ein Stipendium an einer deutschen Universität ausgewählt worden sei. Im Oktober 2021 sollte es losgehen. Sofort beantragte er einen Termin auf dem Konsulat der deutschen Botschaft in Lima, um das Visum zu klären. Die Terminvergabe beim Konsulat geschieht seit Ausbruch der Corona-Pandemie online. Das System gab ihm einen Termin für Dezember 2021. Auf seine telefonische Nachfrage beim Konsulat bekam er die Antwort: er solle warten. Das tat er dann auch – bis das Stipendium verfiel. José konnte sein Studium in Deutschland nicht antreten.

Es ist nicht das einzige Beispiel für lange Wartezeiten im deutschen Konsulat in Lima. Auch die Peruanerin Adriana (ebenfalls Name geändert) musste ihren zugesagten Job in einer Kindertagesstätte in Deutschland verschieben, weil sie nicht rechtzeitig einen Termin in der Botschaft bekam.

Auch deutsche StaatsbürgerInnen leiden unter den langen Wartezeigen: 16 Wochen, also vier Monate, dauert es von der Terminbeantragung, bis man den Termin mitgeteilt bekommt – der dann wiederum erst 6 Wochen später liegt. Wer also z.Bsp. seinen Pass verlängern will, muss von der Terminbeantragung bis zum Moment, in dem er oder sie seinen Pass in Händen hält, mit 28 Wochen – 7 Monaten – rechnen. Solche Fristen kennt man von einigen peruanischen Ämtern.

Aber von einem bundesdeutschen Konsulat?

Als Grund wird vom Auswärtigen Amt der Rückstau durch Corona-bedingte Schließungen genannt. Fünf Monate sei das Konsulat für den Besucherverkehr geschlossen gewesen. Am 19. Mai antwortete das Auswärtige Amt auf unsere Nachfrage wie folgt:

„Bereits seit Längerem arbeitet das Konsulat der Botschaft Lima wieder vollumfänglich. Um den Rückstau an Anliegen abbauen zu können, wurden bereits die Öffnungszeiten ausgeweitet und die Terminanzahl wurde erhöht, dies war nicht zuletzt durch eine personelle Verstärkung möglich. Weitere personelle Verstärkungen werden derzeit geprüft, sind aber u.a. von der Mittelbewilligung durch den Bundestag im laufenden Haushaltsverfahren abhängig“

Man hört den guten Willen, doch so ganz überzeugt die Antwort nicht. Unsere Stichprobe auf den Webseiten deutscher Konsulate in Südamerika hat maximal 3 Monate Wartezeit ergeben – oft sogar weniger. Warum also arbeitet gerade Lima so langsam ?

Und wenn wirklich der strenge Corona-Lockdown in Peru der Grund ist: warum arbeiten dann andere europäische Konsulate erheblich schneller? „Am meisten erstaunt hat mich, dass meine Kusine, die zur gleichen Zeit ein Stipendium für Belgien bekam, innerhalb von zwei Wochen ihr Visum in der Hand hatte.“, schreibt uns Jose. Während seine Kusine ihren Master nun bereits beendet, wartet Jose – nun mit genügend langer Vorlaufzeit – auf sein Visum, um endlich mit einem Jahr Verzögerung sein Studium in Deutschland aufnehmen zu können.

Übrigens wollte keiner unserer Zeugen mit vollem Namen genannt werden, aus Sorge, seine Visumsangelegenheit könnte sonst nachteilig bearbeitet werden. Auch Auslandsdeutsche, die sonst mit Kritik am Konsulat nicht sparen, wollten für diese Recherche nicht aussagen, oder meinten, das würde sowieso nichts bringen. Einer riet mir, von der Recherche abzusehen, „nicht, dass dann Dein Reisepass nicht verlängert wird“. In den Augen so mancher scheint Deutschland immer noch ein Obrigkeitsstaat zu sein, dessen Willkür man als Bürger*in ausgeliefert ist.

Klar, wenn ich ein Visum oder einen Pass für Deutschland brauche, dann hat das Konsulat eine Monopolstellung. Ich kann nicht einfach zu einem anderen Anbieter gehen. Aber gilt nicht, dass wir Bürger*innen ein Anrecht auf eine Dienstleistung unseres Staates haben?

Hildegard Willer

12. Peru.Klima.Gerecht

Geballte Information und viel Austausch über deutsch-peruanische Klimapolitik beim Peru-Seminar 2022

Zweimal 42 Menschen trafen sich zum ersten hybriden Peru-Seminar der Infostelle Peru (ISP) vom 29. April bis 1. Mai – die einen im Tagungshaus St. Georg in Köln, die anderen zugeschaltet aus verschiedenen Teilen Deutschlands und Perus.

Ein erstes Highlight – so die eindeutige Rückmeldung am Ende des Seminars – war die **Diskussion mit Mirtha Vásquez**, ehemalige Parlamentspräsidentin und Premierministerin, zur aktuellen Situation in Peru.

Der Samstagmorgen diente dem Einstieg in das komplexe Thema der deutsch-peruanischen Klimapolitik. Einen **ersten Überblick** **zum Thema Klimagerechtigkeit** und die Auswirkungen der Klimakrise in Peru gab Leon Meyer zu Ermgassen vom Vorstand der ISP. Die USA, Kanada und die Länder der Europäischen Union sind historisch für 72 Prozent der Treibhausgasemissionen verantwortlich. Die Folgen trägt hingegen vor allem der Globale Süden: 98% der Toten in Folge von klimabedingten Krisen lebten in Ländern des Globalen Südens, die auch den ganz überwiegenden Teil der finanziellen Kosten der Klimakrise zu tragen haben (bis 2030 ca. 92 Prozent der insgesamt prognostizierten 954 Mrd. US-Dollar). Anschaulich nachvollziehbar wurde dies durch fünf persönliche Erfahrungsberichte betroffener Menschen im Amazonasgebiet, an der

Küste und im Andenhochland, aufgenommen in kurzen Videoclips von der Klimaschutzbewegung Mocicc.

Carlos Herz, Direktor des Centro Bartolomé de las Casas in Cusco, stellte in seinem anschließenden Vortrag das Thema Klimagerechtigkeit in einen größeren (wirtschafts-)politischen Zusammenhang. Hauptverursacher der Treibhausgasemissionen in Peru sind die Entwaldung (über 50%), ein schlechtes Abfallmanagement und die Emissionen durch den Verkehr. Als Ausblick stellte Carlos Herz Ideen für eine politische Agenda für echten Klimaschutz vor, deren Priorität darin liegen muss, den amazonischen Regenwald zu retten und das Leben und die Rechte der indigenen Völker zu garantieren.

Im Anschluss wurde es interaktiv: Die Teilnehmer*innen bereiteten sich in Kleingruppen auf ein **Forum deutsch-peruanische Klimapolitik** vor, bei dem sie im Anschluss in verschiedenen Rollen über das peruanische Klimanotstands-Gesetz und über die Gemeinsame Absichtserklärung (DCI) zwischen Peru, Norwegen und Deutschland zum Schutz des peruanischen Regenwaldes verhandelten. Die Gruppe „peruanische Regierung“ schickte Präsident Castillo persönlich ins Rennen, unterstützt von einem großen Beraterstab im Rücken. Die deutsche Regierung war mit Beamten aus dem Umwelt- und dem Entwicklungsministerium vertreten. Weiter nahmen Vertreter*innen der peruanischen und der deutschen Zivilgesellschaft teil: die Klimaschutzbewegung Mocicc, der indigene Dachverband AIDESEP und eine deutsche Peru-Solidaritätsgruppe.

Im Panel nach der Mittagspause gab es viele und komplexe Informationen. Die Klimaschutzexpertin **Cristina Urrutia** erläuterte in einem ersten Input, was es mit REDD+ auf sich hat – je nach Verständnis ein Rahmenwerk, ein Mechanismus, ein Projekt oder der Markt für Maßnahmen zur Reduzierung der Entwaldung im amazonischen Regenwald. Die Gemeinsame Absichtserklärung (Declaración Conjunta de Intención, DCI) zwischen Norwegen, Deutschland und Peru, die seit 2021 auch Großbritannien und USAID einbezieht, ist eine freiwillige Vereinbarung und das wichtigste Abkommen Perus zur Umsetzung von REDD+. Ziel ist es, einen Beitrag zur Verringerung der Entwaldung im peruanischen Amazonasgebiet und damit zu Perus Klimaschutzverpflichtungen zu leisten.

Im anschließenden Input setzte sich der **Waldschutzexperte Renzo Giudice** von der Uni Bonn kritisch und differenziert mit den Erfolgen und Herausforderungen von REDD+ auseinander. In der abschließenden Folie zeigte er eine ernüchternde Tatsache nach knapp 20 Jahren auf: Noch nie waren die Treibhausgasemissionen durch Entwaldung in Peru so hoch wie 2019, und noch nie wurde in Peru mehr Regenwald abgeholzt als 2020.

Nach den beiden Einführungen gab **Miguel Guimaraes vom indigenen Dachverband AIDESEP** seine Einschätzung über Erfolg und Misserfolg der Gemeinsamen Absichtserklärung ab. Obwohl sehr viel Geld für Waldschutzprogramme ausgegeben wurde, sei weiterhin sehr viel Wald abgeholzt worden. Er forderte, dass die finanziellen Mittel vor Ort, nämlich bei den indigenen

Gemeinden landen müssten, die den größten Beitrag zum Waldschutz leisteten. Indigene Umweltschützer*innen müssten mehr wertgeschätzt, ihr Leben besser geschützt werden. Wenn die Indigenen nicht im Amazonasgebiet leben würden, gäbe es heute keinen Regenwald mehr, so sein Appell für mehr Beteiligung und Wertschätzung der indigenen Gemeinschaften.

Zum Schluss der Runde berichtete der **Journalist Aramís Castro** von der Nachrichtenplattform OjoPúblico von seinen Recherchen zur DCI (siehe auch Artikel im InfoPeru 81). Seine wichtigsten Ergebnisse: Die Landtitulierung läuft sehr schleppend, u.a. wegen hoher Bürokratie und Ermittlungen wegen Korruptionsvorwürfen in den Regionalbehörden. Die indigenen Gemeinschaften haben wenige Informationen und sind wenig in die Umsetzung einbezogen. Auch für ihn sei es sehr schwierig gewesen, Informationen von offizieller Seite zu bekommen.

Nach einer Pause gingen die Diskussionen in fünf Arbeitsgruppen weiter. Deren wichtigste Ergebnisse können hier nachgelesen werden.

Am Abend wurden die bisher streng eingehaltenen Hygiene- und Bestandsregeln dann doch etwas lockerer gehandhabt. Denn niemand wollte auf den Tanz zu den vielseitigen Rhythmen, die wieder von Carmen Velarde aufgelegt wurden, verzichten. Auch der intensive Austausch bei Bier, Wein und Pisco kam nicht zu kurz.

Am Sonntag ging es weiter mit einem **Markt der Möglichkeiten,** der vom Buchprojekt über Trockentrenntoiletten und das Kinderprojekt Cantuta über Informationen zu den Arbeitsgruppen Coca und Entwicklungszusammenarbeit der Infostelle Peru bis zur Arbeit von Infoe – Institut für Ökologie und Aktions-Ethnologie Vieles zu bieten hatte. Auch beim anschließenden Austausch über die Ergebnisse der Arbeitsgruppen vom Vortag gab es noch reichlich Diskussionsstoff.

„Tolle Veranstaltung! Weiter so!“ „Es war einfach toll, mal wieder alle zu treffen!“ „Vielen Dank! Meine Vorstellungen wurden übertroffen.“ „Danke für die tolle Organisation, das Einladen so vieler verschiedener Aktivist*innen und für das Schaffen einer so offenen und herzlichen Atmosphäre. Das hat das Erste-Mal-Kommen sehr einfach und schön gemacht.“ „Ich möchte mich ganz herzlich für die hervorragende Veranstaltung bedanken! Es war sehr erhellend und die Auswahl der Referenten war super interessant.“ „Vielen Dank für das tolle Seminar. Besonders die Beiträge zur gemeinsamen Absichtserklärung (DCI) fand ich sehr spannend.“ Dieser Auswahl von Rückmeldungen möchten wir nur noch ein herzliches Dankeschön an die Teilnehmer*innen fürs engagierte Dabeisein hinzufügen.

Annette Brox

13. Arbeitsschwerpunkt Kupfer der Bergbaukampagne Peru

Kupfer ist Arbeitschwerpunkt 2022 der Kampagne Bergbau Peru. Die Informationsreise mit Edwin Alejandro von Red Muqui war ein guter Auftakt dazu.

Eine Befragung unserer Partnerorganisationen in Peru im Sommer letzten Jahres hat ergeben: Das Thema Kupfer beschäftigt alle. Der Rohstoff ist eines der wichtigsten Exportgüter und Ursache für zahlreiche soziale und ökologische Probleme in den Kupferminen. Die Planung von immer neuen riesigen Projekten birgt ein großes Konfliktpotenzial. In Deutschland ist Kupfer ein dringend benötigter Rohstoff: In der Debatte um Zukunftstechnologien, Mobilitäts- und Energiewende spielt er eine große Rolle und die Nachfrage wird in Zukunft steigen.

Folgerichtig der Beschluss der Bergbaukampagne bei ihrem Strategieworkshop im September 2021, in diesem Jahr schwerpunktmäßig zum Thema Kupfer zu arbeiten. Hierzu gibt es einige Aktivitäten.

von links: Edwin Alejandro (Red Muqui), Leon Meyer zu Ermgassen (Übersetzer), Eva-Maria Reinwald (SÜDWIND), Mattes Tempelmann (Misereor) (Foto: Leon Meyer zu Ermgassen)

Auftakt war im Mai eine Informationsreise mit Edwin Alejandro Berropsi vom bergbaukritischen Netzwerk Red Muqui. Er war während seines zweiwöchigen Aufenthalts in Deutschland in

Freiburg, Berlin, Hamburg, Köln, München und als letzte Station beim Katholikentag in Stuttgart zu Gast. Bei insgesamt sechs Vortragsveranstaltungen berichtete er als Referent eindrücklich über die Auswirkungen des Kupferabbaus in Peru. Insbesondere stellte er den Fall der Mine Toromocho vor. Dort gibt eine ganze Palette von menschenrechtlichen Problemen, angefangen bei Unregelmäßigkeiten und mangelnde Transparenz bei der Übertragung von Landtiteln an die chinesische Betreiberfirma Chinalco über unzureichend geplante und durchgeführte Umsiedlungen bis zu drohenden Überschwemmungen und Erdrutschen durch nicht abgesicherte Gebiete. Hinzu kommen die langfristigen Umweltschäden, insbesondere die Wasserverschmutzung, die mit der Mine einhergeht. Seine Präsentation kann hier nachgelesen werden: https://media.infostelle-peru.de/files/2206_Edwin-Alejando_Praesentation.pdf

Co-Referate weiterer Expert*innen ergänzten die Vorträge von Edwin Alejandro und legten die Grundlage für die Diskussion über die Rolle Deutschlands und Möglichkeiten zur Einflussnahme auf die Situation in den peruanischen Minen. Mit dabei waren Expert*innen von PowerShift, Germanwatch, SÜDWIND und Misereor bei den Veranstaltungen in Berlin, Köln und München. Sie gaben Informationen zu den Themen deutsche Rohstoffpolitik, Lieferkettengetz, Unternehmensverantwortung, Energiewende und Recycling. Bei der Podiumsveranstaltung, die am 26. Mai im offiziellen Programm des Katholikentags lief, erhielt das Publikum mit einem Referat durch eine Vertreterin der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), die sich im Foschungsprojekt „Transnationale Governance-Ansätze für nachhaltige Rohstofflieferketten" insbesondere mit der Kupfer-Lieferkette beschäftigen, tiefere Einblicke in Ansätze zur Regulierung von Lieferketten sowie Möglichkeiten und Grenzen von Zertifizierungen (wie z.B. das relativ neue Siegel Copper Mark).

Die verschiedenen Veranstaltungen waren eine große Herausforderung, insbesondere weil es seit langer Zeit die ersten Präsenzveranstaltungen waren, die wir organisiert haben und wir uns fast als Pioniere gefühlt haben. Es war nicht einfach zu planen, wie viel Publikum man jeweils erwarten konnte, und nicht überall waren die Säle restlos gefüllt, aber mit durchschnittlich 35 Teilnehmenden sind wir sehr zufrieden. Nach einer langen Zeit mit Online-Veranstaltungen haben wir den Eindruck, dass durch den direkten Austausch, Möglichkeiten live Fragen zu stellen, das Publikum auf diesem klassischen Wege besser erreicht und für die deutsch-peruanischen Zusammenhänge sensibilisiert werden kann. Abgerundet wurden die Aktivitäten durch ein Interview mit den Lateinamerika Nachrichten (LN) – wir hoffen, dass ein guter Artikel oder Interview in einer der nächsten Ausgaben erscheint – und durch ein Radio-Interview für den monatlichen „Eine Welt Report aus München" bei Radio Lora 92,3.

Ein wichtiger und gelungener Aspekt bei den Veranstaltungen war für Edwin, dass er sich mit Aktiven und Mitarbeiter*innen aus vielen beteiligten Organisationen austauschen und vernetzen konnte und ein gutes Bild von den Themen erhielt, mit denen sich die NGOs hier beschäftigen. Die beteiligten Organisationen vor Ort, z.B. Caritas International in Freiburg, die Peru Initiative sowie das Institut für Romanistik in Hamburg, das Schmittmann-Kolleg in Köln und der

Lateinamerika-AK des Nord Süd Forum München haben Edwin mit offenen Armen empfangen und ihm viel Input und Möglichkeiten zum Austsausch geboten. Eine interessante Begegnung war auch das Treffen mit Gästen aus der Diözese Cajamarca, die bei einer Talkrunde bei der öffentlichen Kirchenmeile auf dem Katholikentag nach eigenen Worten viel Neues zur Bergbauproblematik in Peru gelernt haben und überrascht waren, damit bei einer Reise nach Deutschland konfrontiert zu werden.

Insgesamt war die Reise für beide Organisationen – Kampagne Bergbau Peru und Red Muqui – eine Bereicherung und wir glauben, dass damit die Vernetzung und der Informationsfluss langfristig gestärkt werden. Wir sind jedenfalls sehr motiviert, weiter zum Kupfer-Thema zu arbeiten. Aktuell unterstützen wir eine vom Fall der Mine Tintaya-Antapaccay (Espinar) ausgehende Kampagne für ein wirksames Europäisches Lieferkettengesetz (#EspinarNoPuedeEsperar), die v.a. mit Informationsvideos und Testimonials von Betroffenen arbeitet. Man kann die Kampagne in den nächsten zwei Monaten auf der Webseite der Kampagne (https://www.kampagne-bergbau-peru.de/kampagnen/) sowie bei Youtube (https://www.youtube.com/channel/UCBAF1HY6EHSJJrbhArF4ndA) verfolgen. Die Infostelle Peru hat dazu einen vertiefenden Artikel veröffentlicht. Des weiteren wollen wir die Materialien der Kampagne als Webdoku zum Fall Espinar aufbereiten und planen eine neue Ausstellung zu den vielfältigen Themen der Kampagne, wo es im Herbst im ersten Schritt mit einem Modul zum Kupferabbau in Peru losgehen soll.

Silvia Bodemer

14. Im Dialog mit aussterbenden Insekten und Pflanzen

Die deutsch-peruanische Theaterperformance Intercambios und ein Gespräch mit peruanischen Umweltaktivist*innen

Ein sehr besonderes Theatererlebnis erwartete das Publikum des Festivals 6 TAGE FREI in Stuttgart: Das Cargo-Theater Freiburg, elgalpon.espacio und Teatro Yuyachkani aus Lima luden mit ihrer Performance *Intercambios* zu einer interaktiven Entdeckungsreise durch die Welt der aussterbenden Dinge ein.

Leon und Carla Wierer vom Cargo-Theater und Jorge Baldeon von elgalpon.espacio haben in Lima die deutsch-peruanische Biologin und Lehrerin Soledad Bauer getroffen und sich auf ihren Dachboden zum „Archiv der aussterbenden Dinge“ führen lassen. Diese Begegnung hat sie zu der Performance *Intercambios* inspiriert, die sich dem Aussterben von Arten, Ressourcen und kulturellen Praktiken widmet. Das Publikum wandert durch das nachgebildete Archiv der Soledad Bauer und durch acht „Mikrokosmen“, in denen schwindende Strände zu ihnen sprechen, bedrohte Insekten ein Manifest schreiben, Pflanzen sie zum Handeln auffordern und aussterbende Sprachen und Dialekte zum Thema werden. Die jeweils 16 Gäste pro Vorstellung treffen sich

während ihrer Entdeckungsreise immer wieder in der Mitte des Raums zum Austausch mit den drei Schauspieler*innen: Haben Pflanzen eine Persönlichkeit? Kann Musik aussterben? Ist es gerechtfertigt, für ein Theaterstück über Klimagerechtigkeit 10.000 km zu fliegen?

„Die Nachbildung von Soledad Bauers Archiv und ihrer fantasiereichen Welt lässt uns die Beziehung zu der Welt, in der wir leben, überdenken. Wir sind eingeladen, dem Plädoyer für den Erhalt der Biodiversität zu folgen. Die Performer*innen und das Publikum befinden sich in einer ständigen Aushandlung von Ideen, Perspektiven und Strategien“, so Festival-Kurator Wagner Carvalho.

Zwischen den Aufführungen hatte die Infostelle Peru zu einer Begleitveranstaltung eingeladen: Antonio Zambrano, Klima-Aktivist von der peruanischen Klimaschutzbewegung Mocicc, und Augostina Mayán vom Volk der Awajún in der Region Amazonas, berichteten – per Zoom zugeschaltet – von ihren Erfahrungen mit der Klimakrise in Peru, die sich schon jetzt deutlich bemerkbar macht: Die Wasserressourcen werden weniger, das Land hat bereits 53 Prozent seiner Gletscherfläche verloren. Die Waldabholzung hat dazu geführt, dass der amazonische Regenwald 2021 zum ersten Mal mehr CO2 ausgestoßen als gespeichert hat. Die Artenvielfalt geht dramatisch zurück, 389 Tierarten sind bedroht. Extremwetterereignisse und Krankheiten wie Dengue-Fieber und Malaria nehmen zu. Augostina Mayán berichtete, dass es früher einen engen Kontakt der

Menschen mit dem Wald gab. Der Bezug habe sich geändert. Früher gab es viele verschiedene Arten von Schmetterlingen am Fluss, heute sieht man nur noch ein oder zwei, es gibt weniger Bäume und Reptilien, das verstärkt die Ausbreitung von Krankheiten. Der Staat tue nichts dafür, die Verletzungen an der Umwelt zu stoppen. Die Awajún machen deshalb selbst Aktionen, um ihren Lebensraum und ihre Kultur zu schützen. So ist für sie das Kunsthandwerk ein Mittel des Aktivismus, um die Probleme in Amazonien öffentlich zu machen.

Auf die Frage nach der Verantwortung für die Klimakrise meint Antonio Zambrano, die Reichsten der Welt hielten eine Machtstruktur aufrecht und verhinderten, dass die Kosten ihres Lebensstils von ihnen getragen werden. Ein Prozent der Menschen verschmutze die Umwelt mehr als der Rest der Menschheit. Geld und Gold kann man nicht essen, sagt Augostina Mayán. Die indigenen Völker hätten das Pech, im Reichtum geboren worden zu sein. Jetzt wollten alle an die Rohstoffe, auf denen die Indigenen leben. „In der Pandemie haben wir noch stärker gespürt, wie wichtig für uns indigene Völker unser Territorium ist.“ Indigene Völker leben mit der Natur und erleben sich als Teil von ihr. Das ist ihr Reichtum. Lange Zeit waren die indigenen Völker unsichtbar. Das hat sich geändert, als man in Amazonien Rohstoffe gefunden hat. Seither gibt es einen Run auf Gold, Holz, Erdöl. Und seither hätten die Rohstoff-Ausbeuter gemerkt, dass im Amazonasgebiet Menschen leben, so Mayán. Es sei eine der Aufgaben der Indigenen, denjenigen, die die Rohstoffe ausbeuten, die Bedeutung der Natur nahezubringen.

Ist die Kunst ein Ansatzpunkt sich zu solidarisieren? Ja, über die Kunst kann man einen gemeinsamen Spirit schaffen. Seminare und Vortragsveranstaltungen sind für viele langweilig und ausgelutscht. Über die Kunst kann man andere Zugänge finden, nämlich über Emotionen und Freude. Und das Theater kann Bilder schaffen, die wichtig sind.

Das ist der Theaterperformance Intercambios zweifelsohne gelungen.

Annette Brox

15. ISP-News Juni 2022

Neues aus der Arbeit der Infostelle Peru e.V.

ISP beim Ländergespräch Peru der Bundesregierung

Am 25. Mai gab es nach langer, pandemiebedingter Pause wieder ein Ländergespräch Peru, zu dem das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) eingeladen hatte. Es fand hybrid statt, und vier Vertreter*innen der Infostelle waren dabei. Zum ersten Mal hatten wir die Möglichkeit, mit einem eigenen Input unsere Sicht auf die aktuelle politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Lage vorzutragen. Weitere Beiträge kamen vom Auswärtigen Amt und der Konrad-Adenauer-Stiftung. Außerdem gab es eine Nachlese zu den

Regierungskonsultationen, einen Ausblick auf Regierungsverhandlungen 2022 und einen Austausch zur angestrebten Klima- und Entwicklungspartnerschaft mit Peru.

AG Entwicklungszusammenarbeit: Keine hochgiftigen Pestizide nach Peru ausführen!

Die ISP-Arbeitsgruppe „Entwicklungszusammenarbeit Deutschland-Peru“ arbeitet aktuell zu dem Aktionsschwerpunkt „Keine hochgiftigen Pestizide mehr aus Europa ausführen – also auch nicht nach Peru“.

Der Hintergrund: Der Einsatz hochgiftiger Pestizide ist in Europa verboten, aber nicht der Export derselben. In den Koalitionsverhandlungen der aktuellen Regierung wurde vereinbart, sich intensiv dafür einzusetzen, dass hochgiftige, in Europa verbotene Pestizide nicht mehr ausgeführt werden dürfen. Damit bestehen gute Chancen, eine positive Veränderung – auch für Perus Menschen, Landwirtschaft und Umwelt – zu erreichen.

Was wir bisher getan haben: Wir haben mit dem Pestizid Aktion-Netzwerk (PAN) und mit Organisationen in Peru Kontakt aufgenommen. Eine erste Anfrage an das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) wurde positiv beantwortet und auf die Mitverantwortung des Landwirtschaftsministeriums hingewiesen.

Natürlich haben wir auch die anderen Bereiche der bundesweiten Entwicklungszusammenarbeit kritisch im Blick.

Die Arbeitsgruppe freut sich über weitere Interessierte! Kontakt: info@infostelle-peru.de

Neuer, alter Vorstand

Auf der – wieder virtuellen – Mitgliederversammlung der ISP am 12. Mai wurde der amtierende Vorstand im Amt bestätigt. Heinz Schulze, Elke Falley-Rothkopf und Norma Driever wurden als gleichberechtigte Vorstände wiedergewählt. Vanessa Schaeffer, Leon Meyer zu Ermgassen und Jimi Merk sind weiterhin Beisitzer*innen im Vorstand. César Bazán Seminario hatte nicht mehr kandidiert.

Peru-Seminar zu Klimagerechtigkeit

Viele positive Rückmeldungen gab es zum Peru-Seminar „Peru.Klima.Gerecht“, das zum ersten Mal in hybrider Form stattfand. Einen ausführlichen Bericht können Sie in dieser Ausgabe lesen.

Briefaktion zum Mord an vier indigenen Umweltschützern

Im März wurden schon wieder vier indigene Vertreter in Madre de Dios und Huánuco ermordet. Es wird vermutet, dass hinter den brutalen Morden erneut illegale Gruppen bzw. Organisationen der Drogen-, Holz- und Goldmafia stecken, die schon Ende des vergangenen Jahres einen Indigenen-Vertreter ermordet hatten. Gemeinsam mit dem Freundeskreis Peru Amazonico hat die ISP wieder Briefe an die Bundesregierung und Bundestagsabgeordnete geschrieben und die deutsche Bundesregierung aufgefordert, den mangelnden Schutz für indigene Umweltschützer*innen anzusprechen und die peruanischen Instanzen beim besseren Schutz der Amazonasvölker als Bewahrer des Amazonasregenwaldes zu unterstützen.

16. Ankündigungen und Hinweise Juni 2022

Agrarexporte aus Peru – Wem nützen und wem schaden sie ?

am Dienstag, 12. Juli 2022, 19 Uhr

online auf Zoom

Peru gehört heute zu den weltweit größten Exporteuren von Spargel, Avocados und Blaubeeren und sogenanntem Superfood. Die wirtschaftliche Bedeutung für das Land ist groß, aber auch der mit der Exportproduktion verbundene soziale und ökologische Preis ist hoch. Es stellt sich die Frage, ob oder unter welchen Umständen der Export von Lebensmitteln aus Peru und der Verbrauch hierzulande vertretbar sind. Soll man diese Produkte als neue Kolonialwaren boykottieren? Unter welchen Bedinungen kann ihr Export Menschen in Peru zu einem besseren Leben verhelfen?

Referenten:

Eduardo Zegarra (Forschungsinstitut GRADE) ist Agrarökonom an der Pontificia Universidad Católica del Peru.

Vertreter*in der Firma GLINT, einer kleinen Agrarexportfirma in Lima, die Bio-Produkte kleiner und mittlerer Bauern (Quinua, Kakao, Bohnen) vor allem nach Asien exportiert.

Moderation: Informationsstelle Peru e.V.

Anmeldung bis 11. Juli 2022 bei: info@infostelle-peru.de

Jetzt unterzeichnen:

YES EU CAN – Petition für ein europäisches Lieferkettengesetz läuft noch!

Umweltverschmutzung und Menschenrechtsverletzungen bei den Kupferminen im Hochland und auf Spargelfeldern an der Küste… Nicht nur in Peru, überall auf der Welt leiden Mensch und Natur in den Wertschöpfungsketten europäischer Unternehmen. Freiwillig ergreifen die meisten Unternehmen keine ausreichenden Maßnahmen, um Menschenrechte und die Umwelt zu schützen. Deshalb braucht es ein starkes europäisches Lieferkettengesetz.

Die Informationsstelle Peru, als Mitglied der Initiative Lieferkettengesetz, bittet Euch, die neue Petition an den Bundeskanzler zu unterzeichnen.

Wer noch mehr tun möchte, kann sich hier informieren.

Podcast zum Freihandelsabkommen der EU mit Kolumbien und Peru

2013 trat das Handelsabkommen der EU mit Kolumbien und Peru in Kraft. Vier Jahre später trat auch Ecuador dem Abkommen bei. Schon damals machten zahlreiche zivilgesellschaftliche Organisationen auf die Gefahren eines solchen Abkommens aufmerksam, während die EU vor allem die Chancen betonte, die es für die wirtschaftliche Entwicklung der südamerikanischen Länder bieten würde. Doch wie ist die Situation heute? In unserem Podcast ziehen wir Bilanz: Ist das Abkommen mit seinem Nachhaltigkeitskapitel und einer Menschenrechtsklausel den positiven Erwartungen in den letzten zehn Jahren gerecht geworden — oder hat es zu mehr Ungleichheit und Umweltproblemen geführt? Antworten auf diese Fragen geben Enrique Daza aus Kolumbien und Ana Romero aus Peru.

https://power-shift.de/media/podcast-nr-27-eu-kolumbien-peru-ecuador/

Impressum

Sie können den Newsletter bestellen über die Webseite der Informationsstelle Peru e.V., www.infostelle-peru.de

Rückmeldungen an die Newsletter-Redaktion bitte an newsletter@infostelle-peru.de

Redaktion: Hildegard Willer, Heinz Schulze, Annette Brox

Dieser Newsletter wird herausgegeben von der Informationsstelle Peru e.V. Er wird gefördert aus Mitteln des Kirchlichen Entwicklungsdienstes durch Brot für die Welt und von Caritas international.

Für den Inhalt dieser Publikation ist allein die Informationsstelle Peru e.V. verantwortlich.

Die Informationsstelle Peru e.V. wird unterstützt von den Hilfswerken Misereor und Caritas international, vom Referat Weltkirche der Erzdiözese Freiburg, von der Christlichen Arbeiterjugend Freiburg sowie von zahlreichen Mitgliedern und Spender*innen.